

### **PROTOKOLL**

#### Einwohnerrat

### Einwohnerratssitzung 2008/2009 Protokoll Nr. 4

Sitzungsdatum Sitzungszeit **27. November 2008** 13:30 Uhr – 17:50 Uhr

Pilatussaal, Luzernerstrasse 15, 6010 Kriens

Protokoll Direktwahl

Ort

Yvonne Röösli 041 329 63 09

28. November 2008 ry

Anwesend Präsident Bienz Bruno

Einwohnerrat 34 Mitglieder

Lammer Thomas (bis 16:30 Uhr)

Gemeinderat 5 Mitglieder Gemeindeschreiber Solari Guido Gemeindeschreiber-Substitut Imgrüth Fredy

Protokoll Röösli Yvonne

Burkhart Petra

**Entschuldigt** Einwohnerrat Konrad Simon

Maldonado Jennifer



### Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 138
2.	Protokoll Nr. 2 vom 25. September 2008		Seite 139
3.	Begründung Postulat Nyfeler: Rad- und Fusswege im Gebiet Kuonimatt / Schweighof Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 004/08	Seite 140
4.	Begründung Postulat Baumgartner/Hauser: Sichere Veloverbindungen Kleinfeld / Südpol Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 005/08	Seite 141
5.	Begründung Postulat Müller: Sichere Veloverbindung Restaurant Obernau - Gewerbegebiet Renggloch (Garage Bolzern) (Umwandlung von Motion in Postulat) Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 006/08	Seite 143
6.	Begründung Postulat Baumgartner: Förderung von umweltgerechtem & energiesparendem Bauen Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 007/08	Seite 143
7.	Begründung Postulat Graber: Bus-Tangentiallinie von Kriens nach Littau und Emmen Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 008/08	Seite 145
8.	Begründung Postulat Piazza: Voice over IP für die Gemeindeverwaltung Kriens Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 253/08	Seite 145
9.	Begründung Motion Nyfeler/Piazza: Jugend mit Wirkung in Kriens (Behandlung als Postulat)  Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 259/08	Seite 145
10.	Begründung Postulat Camenisch: Unbefriedigende Beleuchtungsverhältnisse auf dem Treppenweg zwi- schen Zumhofstrasse und Zumhofhalde Antrag Gemeinderat: Entgegennahme & Abschreibung	Nr. 261/08	Seite 147
11.	Interpellation Nyfeler und Mitunterzeichnende: Dauervermietung des Kulturlokals Scala Schriftliche Beantwortung	Nr. 277/08	Seite 147
12.	Interpellation Piazza: Dürfen gewählte Gemeinderäte Wahlvorschläge für andere Gemeinderatskandidierende unterzeichnen? Schriftliche Beantwortung	Nr. 285/08	Seite 149
13.	<u>Interpellation Birrer:</u> Transparenz in der Fusionsfrage Schriftliche Beantwortung	Nr. 286/08	Seite 152
13.1	<u>Dringliche Interpellation Camenisch:</u> Fahrende in Kriens	Nr. 027/08	Seite 153
14.	Bericht und Antrag: Einsetzung einer nichtständigen Kommission interkommunale Zusammenarbeit	Nr. 012/08	Seite 156
15.	<u>Wahl</u> der Mitglieder in die Kommission interkommunale Zusammenarbeit (KiZ)		Seite 162



16.	<u>Bericht Postulat Piazza:</u> Betreibungsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern	Nr. 263/08	Seite 164
17.	Begründung Motion Morf: Prognos-Bericht: alle Fakten gehören auf den Tisch! (Behandlung als Postulat)  Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 270/08	Seite 166
18.	Begründung Volksmotion: Förderung erneuerbaren Energien bei den geplanten Zentrumsbauten (Behandlung als Postulat)  Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 282/08	Seite 166
19.	Begründung Postulat Nyfeler: Keine Ausbeutung mit unseren Steuergelder Antrag Gemeinderat: Ablehnung	Nr. 287/08	Seite 166
20.	Begründung Postulat Baumann: Ortsbus Kriens: Optimiertes Angebot für Krienserinnen und Krienser Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 288/08	Seite 167
21.	Begründung Postulat Nyfeler: Offenlegung der Interessenbildung auch für den Gemeinderat Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 289/08	Seite 169
22.	Begründung Postulat Koch: Rettet die Krienser Kilbi! - Neue Zentrumsentwicklung nicht auf Kosten der Krien- ser Kultur, des Krienser Brauchtums und der Vereine! Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 290/08	Seite 169
23.	Begründung Postulat Thalmann: Dispens vom Schwimmunterricht für moslemische Schülerinnen und Schüler Antrag Gemeinderat: Entgegennahme & Abschreibung	Nr. 013/08	Seite 169
24.	<u>Fragestunde</u>		Seite 170
25.	Begründung Motion Piazza/Graber: Für eine zukunfts- weisende Finanzpolitik Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 014/08	Seite 174
26.	Begründung Motion Heiz: Höher bauen in Kriens Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 015/08	Seite 174
27.	Begründung Motion Heiz: Einfamilienhaus-Zone in Kriens Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 016/08	Seite 174
28.	Begründung Motion Hauser: Frühkindliche Sprachförderung in Spielgruppen ab dem 3. Altersjahr Antrag Gemeinderat: Ablehnung	Nr. 017/08	Seite 176
29.	Begründung Postulat Marbacher: Betreuungsgutscheine für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 018/08	Seite 177
30.	Begründung Postulat Dalla Bona: Umbau des Alters- und Pflegeheims Grossfeld in Alterswohnungen Antrag Gemeinderat: Entgegennahme	Nr. 019/08	Seite 180



### Neueingänge

Nr. 015/08	Motion Heiz: Höher bauen in Kriens Eingang: 31.10.2008
Nr. 016/08	Motion Heiz: Einfamilienhaus-Zone in Kriens Eingang: 31.10.2008
Nr. 017/08	Motion Hauser: Frühkindliche Sprachförderung in Spielgruppen ab dem 3. Altersjahr Eingang: 31.10.2008
Nr. 018/08	<u>Postulat Marbacher:</u> Betreuungsgutscheine für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung <i>Eingang: 31.10.2008</i>
Nr. 019/08	<u>Postulat Dalla Bona:</u> Umbau des Alters- und Pflegeheims Grossfeld in Alterswohnungen Eingang: 31.10.2008
Nr. 020/08	Interpellation Portmann: Zusammenarbeit der behördlichen Dienststellen im Rahmen der Bekämpfung des Sozialmissbrauchs Eingang: 03.11.2008
Nr. 263/08	Bericht Postulat Piazza: Betreibungsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern
Nr. 021/08	Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative "Vernünftige Antennenstandorte in Kriens"
Nr. 022/08	Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative "Meiersmatt: Wiese bleibt Wiese"
Nr. 023/08	<u>Postulat Urfer:</u> Parkgebührenkarte für Besucher der Krienser Heime <i>Eingang: 06.11.2008</i>
Nr. 024/08	Bericht und Antrag: Überwiesene Motionen und Postulate, welche noch nicht umgesetzt sind (Pendenzenverzeichnis)
Nr. 025/08	<u>Planungsbericht:</u> Ausfinanzierung der Pensionskasse Gemeinde Kriens (PKK)
Nr. 026/08	Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative "Verzicht auf die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes"
Nr. 027/08	<u>Dringliche Interpellation Camenisch:</u> Fahrende in Kriens <i>Eingang: 25.11.2008</i>



#### 1. Mitteilungen

<u>Bruno Bienz</u> begrüsst zur heutigen Sitzung. Von der Presse heisst er Christian Bertschi herzlich willkommen. Fredy Imgrüth wird das neue Abstimmungssystem betreuen.

Entschuldigt für die Sitzung hat sich Jennifer Maldonado. Sie musste sich notfallmässig einer Operation unterziehen. Bruno Bienz wünscht ihr auf diesem Weg gute Besserung. Weiter hat sich Simon Konrad ferienhalber abgemeldet. Thomas Lammer wird die Sitzung um 16:30 Uhr verlassen.

Helene Meyer-Jenni stellt klar, dass der Gemeinderat die Pensionskasse nicht abstossen will, wie es in der gestrigen Ausgabe der NLZ zu lesen war. Die Mitglieder des Einwohnerrates, welche an der Info-Veranstaltung teilgenommen haben wissen, dass der Gemeinderat eine Ausfinanzierung vorschlägt. Dies kann auch aus dem entsprechenden Planungsbericht entnommen werden. Der Gemeinderat wird dies auch den Mitarbeitenden der Gemeinde Kriens mitteilen, damit die Aussage der NLZ nicht falsch interpretiert wird.

<u>Guido Solari</u> erklärt kurz das neue Abstimmungssystem, welches heute zum erstem Mal zum Einsatz kommt. Die Ansicht ist heute erst in Fraktionsblöcken möglich. Auf die nächste Sitzung sollte dann, wie vom Einwohnerrat gewünscht, der Sitzplan abgebildet werden.

<u>Bruno Bienz</u> stellt fest, dass eine dringliche Interpellation eingereicht wurde. Er bittet Räto Camenisch seine Dringlichkeit zu begründen.

#### Dringliche Interpellation Camenisch: Fahrende in Kriens (Nr. 027/08)

Gemäss <u>Räto Camenisch</u> war das Problem aus den Medien ersichtlich. Die Fahrenden waren zuerst in Emmenbrücke, dann in Luzern und nun in Kriens auf einem Grundstück, welches der Stadt Luzern gehört. Die Interpellation ist deshalb dringlich, weil alle das Recht darauf haben zu wissen, wie der Gemeinderat darüber denkt und was er dagegen unternehmen will. Der Sprecher erinnert an den Salesia-Park, wo auch eine solche Verlagerung stattgefunden hat. Bei den Fahrenden spricht es sich schnell herum, wo Platz vorhanden ist. Es darf keinen internationalen Ruf geben, dass diese Leute in Kriens willkommen sind. Es gibt Gemeinwesen, die für Fahrende Platz anbieten. Räto Camenisch ist nicht gegen diese Leute. Es kann aber nicht sein, dass Luzern ein weiteres "Problem" nach Kriens abschiebt.

Erich Tschümperlin opponiert der Dringlichkeit. Er ist betroffen und schämt sich, wenn im Rat im Zusammenhang mit Randständigen von Entsorgung gesprochen wird. Es geht um Menschen, auch wenn einem ihre Lebensform nicht passt. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, wenn solche verbalen Entgleisungen salonfähig werden. Es wäre nicht das erste Mal, wenn sich dadurch Leute zu übergriffen legitimiert fühlen. Über die Sache als solches, über Standplätze, wer sich wo illegal aufhält, ist der Sprecher jederzeit bereit, zu diskutieren. Aber nicht in Form dieser hetzerischen und reisserischen Interpellation, sondern in einer sachlichen und angemessenen Form. Er hofft sehr, dass der Einwohnerrat diesen Stil nicht auch noch unterstützt, indem er die Dringlichkeit gutheisst. Die Grüne-Fraktion lehnt sowohl die Dringlichkeit als auch die Interpellation entschieden ab.



Der Sprecher bemerkt, dass es sich bei den angesprochenen Personen nicht um Fahrende handelt. Dies dürfte dem Interpellanten bekannt sein. Indem er diese als Fahrende bezeichnet, rückt er diese Volksgruppe bewusst in den Dunstkreis der Illegalität. Damit schürt er Vorurteile gegenüber dieser Minderheit.

#### Abstimmung über die Dringlichkeit der Interpellation Nr. 027/08:

Mit 28:4 Stimmen wird die Dringlichkeit der Interpellation gutgeheissen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	ja
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	Enthaltung
Heiz Martin	ja
Hug René	ja
Kalt Mirjam	nein
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	ja
Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	nein
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	nein
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	ja
Rey Louis	ja
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	nein
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	ja

Bruno Bienz schlägt vor, die Interpellation unter Traktandum 13.1 zu behandeln.

Dem Vorschlag wird nicht opponiert.

### 2. Protokoll Nr. 2 vom 25. September 2008

Nachdem keine schriftlichen Änderungsanträge eingereicht wurden, wird das Protokoll Nr. 2 vom 25. September 2008 genehmigt und verdankt.



Bruno Bienz erklärt nochmals das Vorgehen bei den Begründungen der Vorstössen. Dies wurde in der Geschäftsleitung abgesprochen. Wenn der Gemeinderat nicht gegen eine Überweisung ist, fragt er den Rat, ob jemand dagegen opponiert. Eine Opposition wird mit Handzeichen angezeigt. Sollte Opposition angemeldet werden, geschieht der Ablauf gemäss der neuen Geschäftsordnung (Postulant/in bzw. Motionär/in, Gemeinderat, Opposition und Weitere gemäss Wortmeldung). Sofern niemand opponiert, ist die Motion bzw. das Postulat ohne Abstimmung überwiesen. So hofft die Geschäftsleitung, dass die ganze Behandlung ein wenig effizienter wird.

# 3. Begründung Postulat Nyfeler: Rad- und Fusswege im Gebiet Kuonimatt / Schweighof Nr. 004/08

Robert Thalmann opponiert dem Postulat.

Postulantin <u>Nicole Nyfeler</u> dankt dem Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats, in welchem sie verschiedene Beispiele als Anregungen aufgezählt hat. Es gibt jedoch sicher noch mehr Orte, welche optimiert werden können. Es ist sinnvoll, dass der Gemeinderat eine Auslegeordnung vornimmt und einen Gesamtbericht mit einer Prioritätenliste ausarbeitet.

Für <u>Robert Thalmann</u> beinhaltet das Postulat einige gute Anregungen. Aber es hat auch solche, die mit einem Fuss- und Radweg nichts zu tun haben. Er zitiert den Schlusssatz des Postulats: "Zudem ist bei der Erteilung von Baubewilligungen die Umsetzung der Fuss- und Radwege durch die Grundstückbesitzer als Bedingung zu verankern." Diese Forderung kann die SVP nicht unterstützen und lehnt deshalb das Postulat ab.

### Abstimmung über das Postulat Nr. 004/08:

Mit 22:10 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	nein
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	nein
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	nein
Camenisch Räto	nein
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	nein
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	ja
Heiz Martin	nein
Hug René	ja
Kalt Mirjam	ja
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	nein



Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	ja
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	ja
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	nein
Rey Louis	nein
Thalmann Robert	Enthaltung
Tschümperlin Erich	ja
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	nein

# 4. Begründung Postulat Baumgartner/Hauser: Sichere Veloverbindungen Kleinfeld / Südpol Nr. 005/08

Hans Fluder opponiert dem Postulat.

Gemäss Bernadette Hauser ist das Fördern des Veloverkehrs nicht nur sinnvoll, sondern auch weitsichtig. Es gibt weniger Staus, weniger verschmutzte Luft, Velofahren ist umweltfreundlich und gesund. Es geht den Postulanten darum, dass die zunehmende Zahl der Velofahrenden sicher und ohne Hindernisse an ihr Ziel kommen. Das Velonetz in Kriens hat schon einige Verbesserungen erhalten. Die Markierung an der Schachen-/Amlehnstrasse hat wesentlich dazu beigetragen, dass man als Velofahrerin weniger abgedrängt wird, es hat noch mehr gute Teilstrecken, die in letzter Zeit erstellt oder verbessert worden sind, teilweise hat es auch Markierungen und Beschilderungen, aber - und deshalb der Vorstoss - immer noch nicht durchgehend. Wer die Strecken in die Badi und ins Kleinfeld oder zum Südpol mit dem Velo fährt, kann die bestehenden Lücken feststellen. Zum Beispiel auf der Gallusstrasse bis zur Krauerhalle oder nach dem Kreisel Friedhof bis zur Badi und zum Kleinfeld oder zum Südpol. z.B. Übergang Autobahn, ebenfalls. Und dies gilt in den meisten Fällen für beide Richtungen. Auf diesen Strecken sind viele Kinder und Jugendliche unterwegs. Die Kinder fahren teilweise auf dem Trottoir, was gefährlich ist für Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger oder sie fahren auf der Strasse ohne Markierung. Und diese Strecken werden von den Kindern und Jugendlichen gerade auch in diesen Zeiten benützt, in denen auch viel motorisierter Verkehr unterwegs ist.

Werden die Benutzerinnen und Benutzer dieser Freizeitanlagen, und dies sind sehr viele Kinder und Jugendliche, mit dem Auto gebracht und geholt, trägt dies dazu bei, dass die Strassen noch mehr verstopft sind. Das gleiche trifft für den Kulturplatz Südpol, der kürzlich eröffnet wurde, zu. Viele Velofahrerinnen und Velofahrer begeben sich mit dem Fahrrad dorthin. Am Eröffnungstag waren gleichzeitig 700 Velo auf dem Veloparkplatz parkiert. Teilweise hat es Velostreifen, aber auch hier sind diese lückenhaft und nicht durchgehend. Auch die Beschilderung ist lückenhaft.

Mit der Überweisung des Postulates bietet der Einwohnerrat Hand, dass diese Lücken erkannt werden und die notwendigen Massnahmen zur Prüfung und Erstellung von velosicheren Verbindungen vorgenommen werden können. Jedes Kind und jeder Jugendliche, der sicher mit dem Velo diese Freizeitanlagen erreichen kann und dadurch nicht chauffiert wird und jede



Velofahrerin und jeder Velofahrer, der bzw. die dadurch das Auto nicht benutzt, hilft mit, dass der Verkehr besser rollt und weniger Staus entstehen. Die Sprecherin dankt für die Überweisung dieses Postulates.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> sind im Postulat Beispiele von Abschnitten aufgeführt, für welche noch keine Lösung gefunden werden konnte. Diese sollen mit der Überweisung des Vorstosses gesucht und geprüft werden und in den Gesamtbericht einfliessen.

Hans Fluder wohnt in diesem Gebiet. Er fährt mit dem Velo vom Kleinfeld über die Pilatusstrasse – Brisenstrasse – Rigistrasse. Die Pilatus- und Brisenstrasse sind mit einer 30er-Zone und die Rigistrasse mit einem Fahrverbot belegt. Alle Velos fahren ohne Probleme über die Rigistrasse. Alle drei genannten Strassen sind relativ wenig befahren. Von der Rigistrasse kommt der Sprecher auf der Höhe der Firma Brunner Druck AG in die Arsenalstrasse und fährt somit wieder auf dem bestehenden Radweg bis zum Südpol. Die Luzernerstrasse ist mit einem Radstreifen ausgestattet. Dieser führt bis in die Eichwilstrasse (Höhe Autobahnausfahrt). Von dort ist eine kurze Strecke ohne Radstreifen, dafür ein wenig benutztes Trottoir. Die SVP sieht in diesem Bereich keinen Handlungsbedarf und lehnt das Postulat ab.

Gemäss <u>Martin Heini</u> ist die SP-Fraktion einstimmig für die Überweisung des Vorstosses. Er macht darauf aufmerksam, dass der Einwohnerrat am 15. Mai 2008 sein Postulat betreffend Kulturwerkplatz mit 17:9 Stimmen überwiesen hat. Aus diesem Grund soll nun auch das vorliegende Postulat überwiesen werden.

### Abstimmung über das Postulat Nr. 005/08: Mit 22:9 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	nein
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	nein
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	nein
Camenisch Räto	nein
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	nein
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	ja
Heiz Martin	nein
Hug René	ja
Kalt Mirjam	ja
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	nein
Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	ja
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja



Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	ja
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	nein
Rey Louis	nein
Thalmann Robert	Enthaltung
Tschümperlin Erich	ja
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	Enthaltung

# 5. Begründung Postulat Müller: Sichere Veloverbindung Restaurant Obernau - Gewerbegebiet Renggloch (Garage Bolzern) (Eingereicht als Motion)

Nr. 006/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

## 6. Begründung Postulat Baumgartner: Förderung von umweltgerechtem & energiesparendem Bauen Nr. 007/08

Martin Heiz opponiert dem Postulat.

Werner Baumgartner stellt fest, dass die Förderung von umweltgerechtem und energiesparendem Verhalten ein Anliegen aller politischen Parteien ist. Das hat er nicht einmal in den Parteileitbildern nachgeschaut, davon geht er aus. Rund 45 % des Endenergieeinsatzes wird in der Schweiz für das Heizen und Kühlen sowie für die Erstellung von Gebäuden und die Warmwasseraufbereitung aufgewendet. Der Gebäudebereich gehört damit zu den ressourcenintensivsten Bereichen und trägt auch erheblich zu den umwelt- und klimaschädlichen Schadstoffemissionen bei. Langfristig kann der Energiebedarf aller Wohn- und Geschäftsgebäude in der Schweiz um 50 % bis 70 % reduziert werden. Voraussetzung dazu ist allerdings der konsequente Einbezug der energetischen Aspekte sowohl bei Neubauten als auch bei Sanierungen. Insbesondere in der Sanierung des Gebäudebestands liegt ein riesiges Potenzial an wirtschaftlichen und ökologischen Gewinnen. Der Sprecher hat festgestellt, dass die bestehenden Vorschriften in Kriens in der Tat energieeffizientes Bauen nicht bevorteilen, sondern dass dem Erbauer eines Gebäudes nach Minergiestandard sogar gewisse Nachteile entstehen. Gebühren richten sich nach den Erstellungskosten. Da Investitionen für Minergie-Bauten höher sind, erhöhen sich auch die Gebühren. Werner Baumgartner fordert den Gemeinderat auf, im Bau- und Zonenreglement sowie in den Gebührenverordnungen entsprechende Anpassungen vorzunehmen, damit keine Nachteile entstehen, sondern dass alle die bauen oder sanieren wollen, möglichst motiviert sind, dies so umweltfreundlich und energieeffizient wie möglich zu tun.

Er hofft auf eine breite Unterstützung seines Anliegens. Die vorgesehene Stossrichtung kombiniert Umweltschutz mit unternehmerischen Verhalten. Die FDP zielt mit ihrer Volksmotion



in eine ähnliche Richtung und der Sprecher rechnet fest mit ihrer Unterstützung für seine Anliegen.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> entspricht die Forderung des Postulanten der Strategie des Kantons Luzern. Dieser hat die Energieverordnung und die Planungs- und Bauverordnung per 1. Januar 2009 geändert. Danach gibt es einen Bonus für energiesparendes Bauen. Ist ein Gebäude MINERGIE-zertifiziert oder werden mindestens 75 % des Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser mit erneuerbarer Energie gedeckt, so wird ein Bonus von 5 % an die anrechenbare Geschossfläche gewährt. Der Gemeinderat ist für die Überweisung des Postulats, damit auch auf kommunaler Ebene geprüft wird, ob ähnliche Anreize für energiesparendes Bauen geschaffen werden können.

Martin Heiz ist gegen die Überweisung des Postulats, weil ihm folgende Aussagen nicht gefallen: "Wir schlagen vor, Neu- und Umbauten mit Minergiestandard von Abgaben zu befreien,...Bonus bei der Ausnützung... und ...Vorzugsbedingungen...". Die Überprüfung gibt für alle mehr Arbeit, als Ertrag. Zudem sollen die Reglemente und Verordnungen entschlackt und nicht "vergrössert" werden. Die SVP ist für Umweltschutz, aber nicht zu Lasten von Abgaben und Gebühren.

Robert Thalmann ist nicht gleicher Meinung wie Matthias Senn. Es besteht kein Handlungsbedarf. Die Baukommission hat am 29. August 2007 die Richtlinien für die Gewährung eines Ausnützungszuschlags im Rahmen eines Gestaltungsplans beschlossen, in welchen u.a. Bonus für energiesparendes Bauen geregelt ist. Es sollen nicht noch zusätzlich Gebühren erlassen oder vermindert werden.

<u>Werner Baumgartner</u> versteht die SVP nicht. Mit der Überweisung des Postulats geht es nur um eine Prüfung und nicht um einen Beschluss. Zudem will die SVP immer Gebühren und Abgaben senken. Wieso bei diesem Thema nicht? Dies ist eine sinnvolle Sache. Kriens kann auch Mal eine "Vorreiterrolle" spielen. Der Sprecher weiss nicht, wie er einen Vorstoss formulieren muss, damit auch die SVP dazu ja sagen kann.

<u>Erich Tschümperlin</u> stellt fest, dass die meisten Bauherren einen Gestaltungsplan haben. Die Gebühren werden aufgrund der Baukosten erhoben und diese sind beim umweltgerechtem und energiesparendem Bauen höher. Die SVP ist gegen Gebühren, darum sollen sie nun über ihren Schatten springen und das Postulat überweisen.

### **Abstimmung über das Postulat Nr. 007/08:** Mit 23:9 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	nein
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	nein
Bründler Josef	ja



Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	nein
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	nein
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	-
Heini Martin	ja
Heiz Martin	nein
Hug René	ja
Kalt Mirjam	ja
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	nein
Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	ja
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	ja
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	nein
Rey Louis	nein
Thalmann Robert	nein
Tschümperlin Erich	ja
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	ja

### 7. Begründung Postulat Graber: Bus-Tangentiallinie von Kriens nach Littau und Emmen Nr. 008/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

# 8. Begründung Postulat Piazza: Voice over IP für die Gemeindeverwaltung Kriens Nr. 253/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

# 9. Begründung Motion Nyfeler/Piazza: Jugend mit Wirkung in Kriens (Behandlung als Postulat) Nr. 259/08

Gemäss <u>Daniel Piazza</u> leistet die Jugendanimation seit Jahren in Kriens viel für Kinder und Jugendliche. Ziel des Vorstosses war, auf das Projekt "Jugend mit Wirkung" aufmerksam machen. Speziell, dass Jugendliche und Erwachsene gemeinsam an einem Tisch Projekte ausarbeiten und "gemischte" Arbeitsgruppen bilden, hat den Sprecher und Nicole Nyfeler fasziniert. Zudem hat das Projekt weitere grosse Vorteile:



- Man fördert damit die Integration von Jugendlichen verschiedenster Herkunft, beiderlei Geschlechts, unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Bildung werden in Prozesse und Entscheidung des Gemeinwesens miteinbezogen.
- Man fördert nachhaltiges Denken bei der jungen Generation, denn es gilt; wer sich mit seiner Umgebung identifizieren kann, schädigt sie nicht. Aber nur wer mitbestimmen kann, identifiziert sich mit dem Gemeinwesen.
- Man fördert damit demokratische Verständnis und demokratische Bildung.

Die Motionäre haben sich riesig gefreut, dass die Gemeinde Kriens mit einem Mitwirkungstag ein konkretes Projekt bereits umgesetzt hat. Dafür bedanken sie sich beim Gemeinderat ganz herzlich. Der Dank gilt auch all denjenigen, die durch viele Stunden Arbeit und viel Herzblut diesen Tag ermöglicht haben. Da der Sprecher leider selbst an jenem Mitwirkungstag nicht teilnehmen konnte und nur im Vorfeld den einen oder anderen Input geben konnte, erzählt nun Nicole Nyfeler kurz über ihre persönlichen Eindrücke am Anlass selbst, aber auch in der ganzen Vorbereitungszeit.

Nicole Nyfeler schildert, wie sie den ersten Mitwirkungstag in der Kuonimatt erlebt hat. Im Frühling 2008 fand die erste OK-Sitzung statt. Die Jugendlichen waren von Beginn weg aktiv dabei. Die Suche nach Erwachsenen gestaltete sich anfänglich etwas schwierig. Dem OK gelang es, für den Mitwirkungstag einen alten Bauwagen zu organisieren. Sie bildeten 4 Arbeitsgruppen – Regeln/Organisation, Programm, Standort sowie die Renovation bzw. Ausstattung des Bauwagens wurden aufgeteilt. Am Schluss folgten die Präsentation und ein gemeinsames Nachtessen mit anschliessendem Discobetrieb. Die Stimmung am Mitwirkungstag war genial. Es war schön mitanzusehen, wie die Jugendlichen und Erwachsenen zusammenarbeiteten. Die Sprecherin hofft, dass irgendwann ein Eröffnungsfest stattfindet.

Die Gemeinde muss nun auswerten, ob im nächsten Jahr wieder ein Mitwirkungstag in der Kuonimatt stattfinden bzw. ob dieses Projekt auch in anderen Quartieren oder sogar in der Gemeinde durchgeführt werden soll.

Die Überweisung des Postulats hätte einen Bericht zur Folge. Das Ziel des Vorstosses ist jedoch bereits erreicht. Aus diesem Grund wird das Postulat zurückgezogen. Es wird als sinnvoller erachtet, die Ressourcen in die Jugendanimation als in das Verfassen eines Berichts zu investieren.

<u>Alexander Wili</u> hat ein verfahrensrechtliches Problem. Wenn ein Vorstoss eingereicht wird, hat der Gemeinderat nicht vorgängig etwas zu unternehmen, sondern erst bei einer allfälligen Überweisung.

<u>Cyrill Wiget</u> erklärt, dass die Forderungen des Postulats schon vor Einreichung des Vorstosses durch die Jugendanimation in Vorbereitung waren. Der Vorstoss hat somit "offene Türen eingerannt". Der Mitwirkungstag hätte auch ohne Postulat stattgefunden.

<u>Nicole Nyfeler</u> macht darauf aufmerksam, dass das Postulat noch vor der neuen Geschäftsordnung eingereicht wurde und ein Rückzug den Postulanten frei steht.



# 10. Begründung Postulat Camenisch: Unbefriedigende Beleuchtungsverhältnisse auf dem Treppenweg zwischen Zumhofstrasse und Zumhofhalde Nr. 261/08

<u>Bruno Bienz</u> stellt fest, dass der Gemeinderat das Postulat überweisen und gleichzeitig abschreiben will, da die Forderung erfüllt ist.

Räto Camenisch hat sein Postulat nicht zurückgezogen, weil er sich beim Gemeinderat für die speditive Erledigung bedanken will.

<u>Joe Brunner</u> macht darauf aufmerksam, dass es noch diverse Treppen und Wege gibt, welche schlecht oder überhaupt nicht beleuchtet sind. Er hofft, dass der Gemeinderat auch diese Mängel behebt.

Bruno Bienz erwähnt, dass das Postulat somit überwiesen und abgeschrieben wird.

### 11. Interpellation Nyfeler und Mitunterzeichnende: Dauervermietung des Kulturlokals Scala Nr. 277/08

Der Gemeinderat hat die Interpellation wie folgt schriftlich beantwortet:

### 1. Welches sind die Beweggründe, mit einem privaten Veranstalter einen Dauermietvertrag einzugehen?

Die Gemeinde Kriens hat mit Vertrag vom 1. August 1986 die Verwaltung und den Betrieb der Räumlichkeiten im Scala der Gallizunft übertragen. Der Betrieb ist heute so organisiert, dass der Gemeinderat die Betriebskommission Scala wählt, deren Präsident und Kassier gemäss Vertrag ein Mitglied der Gallizunft ist. Die Betriebskommission koordiniert die Vermietung der Räume und bestimmt den Gebührentarif. Es steht ihr frei, neben den jährlich wiederkehrenden Anlässen neue Mietanfragen anzunehmen oder aktiv neue Veranstaltungen im Scala zu akquirieren. Das (übliche) Defizit des Scala-Betriebs geht zu Lasten Gemeinde. Ein allfälliger Netto-Ertrag würde zwischen der Gemeinde Kriens (2/3) und der Gallizunft (1/3) aufgeteilt. "The Swiss Experience GmbH" in Luzern hat im Dezember 2007 der Betriebskommission Scala ihr Projekt "Hot Fondue" vorgestellt und geprüft, ob sich das Scala für ihre Produktion eignet. Am 27. März 2008 wurde das Projekt den Vertretungen der Krienser Theatervereine und -gruppen vorgestellt. Geplant waren damals 72 Aufführungen im Herbst 2008 und Winter 2008/09. Die betroffenen Vereine reagierten darauf mit einer Petition an den Gemeinderat, in der sie Bedenken gegen die eingeschränkte Nutzung und die vorgesehenen baulichen Massnahmen äusserten. Aufgrund der vielen Unklarheiten hat der Gemeinderat die Betriebskommission Scala beauftragt, zu klären, welche Nutzungskonflikte sich ergeben könnten, wer hinter der Trägerschaft steht und wie das Betriebskonzept aussieht. Die Kommission wurde gebeten, nach ihren Abklärungen dem Gemeinderat einen Antrag zu unterbreiten.



Im August 2008 hat "The Swiss Experience GmbH" der Betriebskommission ein ergänztes und überarbeitetes Konzept eingereicht, das Umbau- und Probetermine im April / Mai 2009 und Aufführungstermine vom Mai bis September 2009 vorsieht. Die Betriebskommission Scala wird das neue Konzept am 15. September 2008 beraten und dann dem Gemeinderat Antrag stellen. Es gibt bisher kein Entscheid des Gemeinderates, ob mit "The Swiss Experience GmbH" ein Mietvertrag für ein halbes Jahr eingegangen wird oder nicht. Die Zuständigkeit ist bei der Betriebskommission Scala.

- 2. Welches sind die Eckpunkte des Vertrages inkl. Kosten und Ertrag für die Gemeinde? Im ersten Konzept war eine Entschädigung für die Benützung des Scalas von Fr. 15'000.00 vorgesehen. Falls die budgetierten Erträge aus dem Billett-Verkauf realisiert werden, könnte die Gemeinde mit einem Ertrag aus der Billettsteuer von über Fr. 100'000.00 rechnen. Diese Zahl darf hinterfragt werden. Die Umbaukosten müssten durch den Veranstalter finanziert werden. Weitere Eckpunkte sind nicht bekannt, weil es bisher keinen Vertrag gibt.
- 3. Wie wird sichergestellt, dass die Krienser Veranstalter ihre traditionellen und auch neuen Produktionen in gemeindeeigenen Räumlichkeiten durchführen können inkl. den dazu notwendigen Proben?

Das neue Konzept mit der Belegung des Scalas während dem Sommerhalbjahr gibt vielleicht die Chance, dass die Krienser Vereine ihre Proben und Aufführungen so planen können, dass ein Nebeneinander möglich ist. Das Konzept von "The Swiss Experience GmbH" sieht vor, dass meistens am Montag, Dienstag und zum Teil auch am Mittwoch Proben von Dritten ab 18.00 Uhr möglich wären. Wie weit dies machbar ist, bleibt offen. Für den Gemeinderat ist es unrealistisch, dass Theatervorführungen mit Kulissen während der Saison von "The Swiss Experience GmbH" stattfinden können. Falls bei der Terminkoordination eine einvernehmliche Lösung mit den Krienser Vereinen nicht möglich ist, wird der Gemeinderat der Betriebskommission Scala die Bevorzugung der Krienser Vereine empfehlen.

4. Wie wird die Koordination der verschiedenen Nutzer organisiert bzw. wer wird in Zukunft Ansprechpartner der Krienser Vereine für eine Nutzung des Scalas?

Für die Koordination, als Ansprech- und Vertragspartner des Scalas wird weiterhin die Betriebskommission Scala zuständig sein. Dies ist wegen der geplanten Zentrumsüberbauung eine noch befristete Zeit. Der Gemeinderat wird für das geplante Kultur- und Jugendzentrum Schappe-Süd (oder falls sich die Zentrumsentwicklung verzögern sollte) neue Betriebsformen prüfen.

5. Falls der Gemeinderat diese Dauervermietung realisieren will, welches sind die Alternativen für die Krienser Vereine?

Die Alternative besteht vor allem in der Terminplanung. Weitere Alternativen gibt es bei den anderen Sälen mit Bühne (z.B. dem Pilatussaal). Falls mit einem Veranstalter terminlich keine Lösung gefunden werden kann und auf den Pilatussaal ausgewichen werden muss, ist der Gemeinderat bereit, über Konditionen bei dieser Alternative zu verhandeln.

6. Ist der Gemeinderat bereit, auf die Unterzeichnung des Mietvertrages zu verzichten bis alle offenen Fragen mit allen Nutzern geklärt sind?



Die Mietverträge werden durch die Betriebskommission Scala vorbereitet und unterzeichnet. Der Gemeinderat kann der Betriebskommission nur empfehlen, auf die Unterzeichnung eines Vertrages über mehrere Monate zu verzichten, falls keine Lösung mit den Krienser Vereinen gefunden werden kann.

### 7. Beabsichtigt der Gemeinderat mit kommerziellen Veranstaltern weitere Lokalitäten (z. B in der geplanten Zentrumsüberbauung) Dauermietverträge abzuschliessen?

Es gibt bereits heute kommerzielle Veranstaltungen zum Beispiel im Pilatussaal. Der Gemeinderat hat bisher und wird auch in Zukunft bei der Terminkoordination den Gewohnheiten und den Wünschen der Krienser Vereine, Gruppierungen, Organisationen, Parteien, usw. erste Priorität beimessen.

<u>Nicole Nyfeler</u> dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Sie hat somit neue Informationen bekommen. Sie hat jedoch noch eine ergänzende Frage und beantragt aus diesem Grunde die Diskussion.

Bruno Bienz stellt fest, dass der Diskussion nicht opponiert wird.

Nicole Nyfeler will wissen, was sich seit der Beantwortung ergeben hat.

<u>Matthias Senn</u> weiss, dass die Betriebskommission Scala am 15. September 2008 an ihrer Sitzung beschlossen hat, der "the Swiss Experience GmbH" einen Absagebrief zu schreiben, weil das Konzept noch nicht erarbeitet ist. Somit läuft zurzeit alles wie bis anhin weiter.

### 12. Interpellation Piazza: Dürfen gewählte Gemeinderäte Wahlvorschläge für andere Gemeinderatskandidierende unterzeichnen? Nr. 285/08

Der Gemeinderat hat die Interpellation wie folgt schriftlich beantwortet:

1. Ist es richtig, dass bei den letzten Gemeinderatswahlen 2008 bereits gewählte Gemeinderate eine Kandidatur für den 2. Wahlgang mit ihrer Unterschrift auf dem Wahlvorschlag unterstützt haben? Um welche Personen handelt es sich?

Einzelne Wahlvorschlagsformulare, die für den zweiten Wahlgang eingereicht wurden, waren von bereits gewählten Gemeinderäten (namentlich von Paul Winiker und Matthias Senn) mitunterzeichnet.

2. Wie beurteilt der Gemeinderat eine solche Situation, in welcher in laufenden Wahlen Mitglieder eines Gremiums ihre zukünftigen Kollegen selber aussuchen und entsprechend unterstützen?

Aufgrund des Stimmrechtsgesetzes des Kantons Luzern steht der Unterzeichnung von Wahlvorschlägen durch amtierende Mitglieder eines Gremiums nichts entgegen.



# 3. Entspricht es aus Sicht des Gemeinderates nicht einem "Gentlemen's Agreement" ("pacta sunt servanda"), dass sich gewählte Mitglieder nicht im Rahmen von Wahlvorschlägen im Wahlkampf engagieren?

Der Gemeinderat hat sich bei früheren Wahlgängen (beispielsweise bei der letzten Friedensrichterwahl) intern so abgesprochen, dass die einzelnen Mitglieder darauf verzichtet haben, in Unterstützungskomitees Einsitz zu nehmen sowie auf Namensinseraten aufgeführt zu werden. Diese mündliche Vereinbarung wurde im Vorfeld der Gemeinderatswahlen 2008 nicht explizit erneuert. Zu beachten ist, dass zwischen der Ausübung der politischen Rechte (darunter ist auch die Unterzeichnung eines Wahlvorschlages zu verstehen) und einer aktiven Wahlunterstützung und persönlichen Engagements (z.B. in einem Komitee) zu unterscheiden ist. Im Rahmen der Gemeinderatswahlen 2008 haben gewählte Gemeinderatsmitglieder Wahlvorschläge, nicht aber Namensinserate, unterzeichnet.

#### 4. Wie gedenkt der Gemeinderat diese Problematik in Zukunft zu handhaben?

In der Geschäftsordnung des Gemeinderates Kriens vom 28. Mai 2008 wird in Artikel 5, Abs. 3 postuliert, dass die Mitglieder des Gemeinderates gehalten sind, nicht in politische Komitees mit rein kommunalem Charakter Einsitz zu nehmen. Der Gemeinderat wird sich zudem mündlich über die Interpretation und weitere Ausgestaltung von Artikel 5, Abs. 3 austauschen und allenfalls Klärungen vornehmen. Grundsätzlich darf mit der Geschäftsordnung des Gemeinderates keine Einschränkung der politischen Rechte der Gemeinderatsmitglieder erfolgen. Der Verzicht auf eine aktive Rolle in einem kommunalen Urnengang wird aber im Sinne einer respektvollen Umgangsweise für eine gute Zusammenarbeit im Gemeinderatskollegium als sinnvoll erachtet.

5. Hat der Gemeinderat informelle und/oder formelle Möglichkeiten geprüft, um hierzu in Zukunft eine Verbesserung herbeizuführen? Was ist das Resultat dieser Prüfung? Mit Artikel 5, Abs. 3 der Geschäftsordnung erachtet der Gemeinderat eine adäquate, zeitgemässe Präzisierung der Spielregeln für die Zusammenarbeit im Rahmen von Wahlen, Abstimmungen und weiteren Aktivitäten vorgenommen zu haben.

Für den Gemeinderat sind sowohl interne als auch externe Transparenz und Fairness im Spannungsfeld zwischen Kollegialitätsprinzip und individuellem Entscheidungsspielraum wichtig. Im Bewusstsein, dass nicht alle Eventualitäten im Vorfeld diskutiert und reglementiert werden können und sollen, vertraut der Gemeinderat auch auf das Entwicklungspotential eines Gremiums.

<u>Daniel Piazza</u> verlangt keine Diskussion und dankt dem Gemeinderat für seine Beantwortung. Er hofft, dass sich der Gemeinderat die Aussagen zu Herzen nimmt und dies als Dauerauftrag führt.

Johanna Dalla Bona beantragt die Diskussion.

Dagegen wird nicht opponiert



Es befremdet Johanna Dalla Bona, dass ein gewisses Bewusstsein geweckt wird, um künftig die doch sehr strapazierte Verwaltung nicht noch zusätzlich mit unnötiger Arbeit zu belasten. Die rechtliche Situation ist aufgrund des kantonalen Stimmrechtsgesetzes gegeben. In der Geschäftsordnung des Gemeinderates sind keine Einschränkungen der politischen Rechte der Gemeinderatsmitglieder festgehalten. Es ist somit legitim, sich hinter die Kandidatur einer Person zu stellen und auch öffentlich dazu zu stehen. Daniel Piazza weiss dies und hat trotzdem eine Interpellation eingereicht. Was will er damit bezwecken? Will er sich hochspielen und die Rolle des Moralapostels spielen? Weiter befremdet es die Sprecherin, dass ausgerechnet der Interpellant im Rahmen der Gemeinderatswahlen Fairness, respektvollen Umgang und eine gewisse Zurückhaltung fordert, selber aber mit seiner Gemeinderatskandidatur explizit gegen Paul Winiker diese Werte nicht eingehalten und damit – so wagt es Johanna Dalla Bona zu behaupten – eigentlich den Stein für einen zweiten Wahlgang in Rollen gebracht hat. Es macht keinen Unterschied, ob es sich um gewählte Mitglieder handelt oder nicht. Hier geht es um eine entsprechende Grundhaltung. Die Grundhaltung einen Kandidaten zu unterstützen, hinter dem kann die Sprecherin stehen. Aktiv gegen jemanden zu kämpfen, wo der Sitzanspruch unbestritten ist, diese Grundhaltung widerspricht Johanna Dalla Bona aufs Tiefste. Sie wünscht sich, dass Daniel Piazza das nächste Mal nochmals darüber schläft, bevor er einen solchen Vorstoss einreicht.

<u>Nicole Nyfeler</u> ist damit nicht einverstanden. Für sie ist die Interpellation eine Sache und das Wahlverhalten eine andere.

<u>Daniel Piazza</u> nimmt das Votum von Johanna Dalla Bona zur Kenntnis. Die Einreichung des Vorstosses ist jedoch sein Recht. Ein vom Gemeinderat gefällter Entscheid wird gemeinsam nach Aussen getragen. Er wollte mit der Interpellation nur nachfragen, ob dies auch so ist. Es freut ihn, dass der Gemeinderat zukünftig darauf verzichtet, in Komitees beizutreten. Alles weitere kann in der Pause diskutiert werden. Er hat und wollte sicher niemanden persönlich angreifen. Er hat nur seine freie Meinung geäussert.

Alexander Wili wiederholt nochmals die Beantwortung des Gemeinderates auf die Frage 5 der Interpellation. Dies ist für ihn jedoch ein Widerspruch. Artikel 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates lautet: "Die Mitglieder des Gemeinderates sind gehalten, nicht in politischen Komitees mit rein kommunalem Charakter Einsitz zu nehmen." Dieser Artikel ist verfassungswidrig. Gemäss Artikel 16 Abs. 2 der Bundesverfassung hat jede Person das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten. Der Gemeinderat muss dies einhalten und somit ist Artikel 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates zu streichen.

<u>Helene Meyer-Jenni</u> stellt zur ersten Aussage eine Diskrepanz fest. Der Gemeinderat hat mündlich an einer Sitzung vereinbart, dass sie ihren Namen auf keine Liste setzen. Aufgrund von Fairness soll bei kommunalen Angelegenheiten Zurückhaltung geübt werden. Dies ist eine interne Regelung.



### 13. Interpellation Birrer: Transparenz in der Fusionsfrage Nr. 286/08

Der Gemeinderat hat die Interpellation wie folgt schriftlich beantwortet:

1. Was hält der Gemeinderat von der Vorgehensweise der Kantonsregierung, in dieser Frage von der Politik der offenen, transparenten Information abzukehren und neu seine Fusionspolitik ganz offenbar unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu betreiben, indem er einen "vertraulichen Brief" an die Gemeinde-Exekutiven schickt?

Es ist üblich, dass zwischen den Gemeinden und dem Kanton viele Schriftwechsel erfolgen, die ausschliesslich zur Verwendung der jeweiligen Adressaten vorgesehen sind. Dabei handelt es sich um eine adäquate Arbeitsabwicklung zwischen den an einem Projekt Beteiligten. Im vorliegenden Fall geht es um Vorbereitungsarbeiten für die Erstellung einer Grundsatzvereinbarung z.H. der Parlamente und der Stimmbevölkerung. Es ist wenig sinnvoll, wenn sämtliche Prozessschritte während eines Bereinigungsverfahrens unverzüglich öffentlich diskutiert und kommentiert werden. Wichtig ist, Grundlagen für Entscheide der jeweiligen Gremien zeitgerecht zur Verfügung zu stellen.

2. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass in der Fusionsfrage Transparenz und offene Kommunikation anzustreben ist?

Ja, der Gemeinderat unterstützt Transparenz und eine offene Kommunikation sowohl in Bezug auf eine Fusionsabklärung als auch in allen weiteren Prozessen.

3. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht, dass "vertrauliche Briefe" des Regierungsrates an die Gemeindebehörden einer breiten Meinungsbildung, die eine offene, vertrauensbildende Informationspolitik voraussetzt, abträglich sind?

Ein breiter Meinungsbildungsprozess wird durch die Unterbreitung des Geschäftes zur Einsitznahme in die Steuerungsgruppe z.H. des Einwohnerrates und nachfolgend an die Stimmbevölkerung unterstützt und massgeblich erweitert.

4. Ist der Gemeinderat bereit, den Inhalt des erwähnten Briefes des Regierungsrates – der ja mittlerweile nicht mehr als vertraulich gelten kann – zu veröffentlichen und den Inhalt den Krienserinnen und Kriensern kundzutun? Wenn nein, warum nicht?

Sollte dieser Brief in der Folge noch von Interesse bzw. relevant sein, kann dieser im Zusammenhang mit dem Einwohnerratsgeschäft aufgelegt werden. Grundsätzlich gilt, dass Vorbereitungsschritte, sofern sie für einen Entscheid von Bedeutung sind, mit dem Einwohnerratsgeschäft kommuniziert werden. Wichtig ist, dass bereinigte Grundlagen zur Entscheidfindung vorliegen.

5. Ist der Gemeinderat bereit, im Sinne der Transparenz und der Vertrauensbildung, allfällige weitere "vertrauliche und nicht vertrauliche" Schreiben, die die Fusionsfrage betreffen, sowie die von den Gemeindeexekutiven erarbeitete "Gemeinsame Stellungnahme mit den Argumenten für die Grundsatzvereinbarung" dem Einwohnerrat unverzüglich vorzulegen und allenfalls zu publizieren? Wenn nein, warum nicht?

(Siehe unter Frage 4) Im Sinne der Transparenz und der Vertrauensbildung haben die Gemeinderäte von Adligenswil, Ebikon, Emmen, Horw, Littau und Kriens sowie der Stadtrat Luzern die Parlaments-, Exekutiv- und Kantonsratsmitglieder der jeweiligen Gemeinden zu einer



Informationsveranstaltung am 23. September 2008 eingeladen. Dabei soll ein Überblick über das bisher Geschehene verschaffen werden. Fachleute werden die diversen Berichte, Studien und Projekte ausführen und ermöglichen damit allen Ratsmitgliedern den gleichen Wissensstand.

6. Ist der Gemeinderat bereit, vor der Diskussion / Entscheidung im Einwohnerrat zum Thema "Beitritt der Gemeinde Kriens zur Steuerungsgruppe" keinerlei mündliche Abreden oder gar Vereinbarungen mit dem Kanton Luzern und/oder den involvierten Gemeinden zu treffen, ohne die Einwohnerräte vom Inhalt in Kenntnis zu setzen? Wenn nein, warum nicht?

Für eine zielorientierte und stufengerechte Abwicklung der Geschäfte verlangt der Gemeinderat Kriens die Ausarbeitung und Bereinigung von Vorlagen und Entwürfen damit diese für die jeweiligen Entscheidgremien dienlich und verbindlich sein können. Im vorliegenden Fall ist die Bereinigung der Grundsatzvereinbarung zwischen den beteiligten Gemeinden, der Stadt und dem Kanton im Sinne von Klarheit und Verbindlichkeit zwingend notwendig. Der Gemeinderat ist sich der sensiblen Thematik bewusst und unterstreicht mögliche Absichtserklärungen jeweils mit der Aussage, dass diese immer unter dem Vorbehalt der politischen Legitimation durch Parlament und allenfalls Stimmbevölkerung erfolgen.

Bruno Bienz stellt fest, dass zur Beantwortung keine Wortmeldungen gewünscht werden.

### 13.1 Dringliche Interpellation Camenisch: Fahrende in Kriens Nr. 027/08

<u>Cyrill Wiget</u> stellt fest, dass in der Presse das Meiste bereits erwähnt wurde und beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

1. Wie lange weiss er schon von der Absicht der Stadt Luzern, diese Fahrenden von der Allmend wegzuweisen?

Der Gemeinderat wusste nichts von der Absicht. Kenntnis hat Cyrill Wiget am 22. November 2008 und 17:00 Uhr erhalten.

- 2. Hat der Stadtrat den Gemeinderat Kriens auf die geplante Wegweisung hingewiesen? Nein, da der Stadtrat selber auch nichts davon wusste. Kurt Bieder hat eine Stunde nachdem er davon in Kenntnis gesetzt wurde, mit Cyrill Wiget telefoniert und ihm dies mitgeteilt.
- 3. Ist mit einer unbewilligten Ansiedelung auf Krienser Boden gerechnet worden? Wie will der Gemeinderat dieser Provokation begegnen. Wie lange sollen diese Leute dort illegal wohnen können?

Nein, der Gemeinderat hat nicht damit gerechnet und war selber überrascht. Für den Gemeinderat ist dies keine Provokation. Es wurde mit dem Stadtrat von Luzern abgemacht, dass er den betroffenen Leuten schriftlich mitteilt, dass sie unverzüglich das Grundstück zu verlassen haben . Zudem ist öffentlich-rechtlich nichts Illegales passiert.



4. Was sind das für Leute? Was haben sie für eine Nationalität? Welchem Erwerb gehen sie nach?

Soviel Cyrill Wiget weiss, handelt es sich um Schweizer Bürger in Teilzeitanstellung.

5. Ist der Gemeinderat nicht auch der Meinung, dass Luzern mit der Entsorgung ganzer Randständigen-Szenen nach Kriens einfach zu weit geht? Nach der Räumung des Vögeligärtlis auf Kosten von Kriens ist nun auch die Allmend frei von Fahrenden, wiederum auf Kosten von Kriens.

Der Gemeinderat ist nicht der Auffassung, dass Kriens die Probleme von anderen Gemeinden lösen muss. Es sollen jedoch alle einen Beitrag für Lösungen von überregionalen Problemen leisten.

6. Es sind nun griffige Massnahmen zu ergreifen, damit sich Kriens nicht international als Platz für Fahrende etabliert. Nur ein entschlossenes Handeln kann dies verhindern.

Die Fahrenden sind in Ibach stationiert. Dort ist jedoch zurzeit kein Platz mehr. Der Stadtrat von Luzern duldet den jetzigen Zustand nicht. Vom Gemeinderat Kriens sind zurzeit keine Massnahmen nötig, da es sich um eine privat-rechtliche Angelegenheit handelt.

Für Räto Camenisch ist einiges klarer. Er beantragt jedoch die Diskussion.

Nicole Nyfeler opponiert der Diskussion.

#### Abstimmung über die Diskussion:

Acharmann Marca

Mit 19:12 Stimmen wird die Diskussion gutgeheissen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	nein
Burkhardt Roland	ja
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	nein
Hauser Bernadette	nein
Heini Martin	nein
Heiz Martin	ja
Hug René	ja
Kalt Mirjam	nein
Kaufmann Christine	Enthaltung
Koch Patrick	nein
Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	nein
Luthiger Judith	nein
Marbacher Monika	ja



Müller Ursula	Enthaltung
Nyfeler Nicole	nein
Piazza Daniel	nein
Portmann Peter	ja
Rey Louis	ja
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	nein
Urfer Mario	nein
Willi Alexander	ja

Räto Camenisch stellt fest, dass die Leute somit bald ein Baubewilligungsgesuch einreichen müssten. Zudem müssen die Personen ja in einer Gemeinde angemeldet sein. Es ist nicht das selbe Problem wie beim Salesia-Park. Es besteht aber die Gefahr, dass Kriens alle Probleme lösen muss. Der Sprecher selber hat kein Problem mit Fahrenden. Es ist ein Recht, zu den Fahrenden zu gehören. Es darf aber keinen internationalen Ruf geben, dass diese in Kriens willkommen sind. Der Gemeinderat muss sich Gedanken machen, wie er damit umgehen will und eine überregionale Lösung suchen.

Gemäss <u>Nicole Nyfeler</u> handelt es sich bei den betroffenen Personen nicht um Fahrende, diese haben ihren Platz in Ibach. Die Wagenburg-Leute sind eine andere Gruppierung. Die Sprecherin wäre froh, wenn man differenzierter schauen würde, um was für Leute es sich handelt.

Roland Burkhardt weiss aus Erfahrung, dass aus solchen Situationen rechtsfreien Raum entstehen kann und mit solchen hat die SVP nichts am Hut. Der Gemeinderat muss solche Aktionen stoppen und gegenüber der Stadt "die Stirn bieten".

Weiter erinnert er die Linken daran, dass die SVP schon ein paar Mal ja gestimmt hat und somit nicht zu allem nein sagt.

<u>Nicole Nyfeler</u> findet es schade, dass eine solche Diskussion über Menschen geführt werden muss. Es ist oftmals eine Lebensgeschichte, welche diese Leute in eine solche Situation bringt. Dies könnte jeden einzelnen im Saal auch ein Mal passieren. Auch Nicole Nyfeler ist gegen ein illegales Verhalten.

Für <u>Räto Camenisch</u> ist die Diskussion erschöpft. Er betont jedoch, dass wenn sich die Situation bis im Frühling nicht ändert, die SVP diese Angelegenheit mit aller Kraft thematisieren wird.

<u>Erich Tschümperlin</u> ist erstaunt. Schliesslich gibt es Gesetze und Regeln. Er bittet alle, diese auch einzuhalten. Es sollen zuerst die 30 Tage abgewartet werden, bevor man schon nach Massnahmen und Lösungen sucht.

<u>Cyrill Wiget</u> liest eine e-Mail von Kurt Bieder, Baudirektor Stadt Luzern, vor: "Wir haben die Angelegenheit heute an der Stadtratssitzung besprochen. Wir werden alle rechtlichen Mittel einsetzen, um den gesetzmässigen Zustand auf der Liegenschaft Kuonimatt herzustellen. Ins-



besondere werden wir baldmöglichst ein Befehlsverfahren auslösen. Verhandlungsspielraum gibt's keinen. Es kommt nun darauf an, wie schnell die Justiz arbeitet."

Die Stadt Luzern hat somit privat-rechtlich gehandelt. Zudem erwähnt der Sprecher, haben sich die Wagenbau-Leute zuerst in Rothenburg bei einem Bauer niedergelassen. Dort haben sie gearbeitet und für den Platz bezahlt. Dies war jedoch nicht zonenkonform, darum sind sie von dort nach Emmenbrücke weitergezogen.

Für <u>Robert Thalmann</u> ist die Frist von 30 Tagen nicht klar. Die Wagenbau-Leute befinden sich in der Industrie- und Gewerbezone. Er will Auskunft, wieso nicht öffentlich-rechtlich eingeschritten werden kann.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> stützt sich der Gemeinderat auf § 174 des Bau- und Planungsgesetzes: Wohnwagen, Wohnmobile, Zelte und dergleichen dürfen nur auf dafür geeignetem Land regelmässig aufgestellt, eingerichtet und bestimmungsgemäss genutzt werden. Für eine solche Beanspruchung von Land zum Campieren bedarf es bei einer Dauer von mehr als 30 Tagen einer Baubewilligung. Somit müssten die Wagenbau-Leute ein Gesuch einreichen, welchem der Gemeinderat jedoch nicht entsprechen würde.

### 14. Bericht und Antrag: Einsetzung einer nichtständigen Kommission interkommunale Zusammenarbeit Nr. 012/08

Gemäss <u>Bruno Bienz</u> hat die Geschäftsleitung den Bericht und Antrag an seiner letzten Sitzung behandelt. Der Bericht und Antrag wird in einer Lesung verabschiedet. Für die Geschäftsleitung nimmt Viktor Bienz Stellung.

<u>Viktor Bienz</u> erwähnt, dass die Geschäftsleitung nach kurzer aber sachlicher Diskussion den vorliegenden Bericht und Antrag genehmigt hat und dem Einwohnerrat zur Annahme vorschlägt.

Gemäss <u>Mirjam Kalt</u> sind die Grünen Kriens nach wie vor gegen die Einsetzung einer Kommission für interkommunale Zusammenarbeit und zwar aus folgenden Gründen:

Gemäss Geschäftsordnung ist der Sinn einer parlamentarischen Kommission, bestimmte Vorlagen, die im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegen, vorzubereiten und zu beraten. Die Grünen hegen aber weiterhin den Verdacht, dass diese KiZ die geheime Aufgabe haben soll, die interkommunale Zusammenarbeit oder den Zusammenschluss zu verhindern. Dieser Verdacht liegt nahe, weil der Initiant der Kommission einer der grössten Fusionsgegner ist und sich nun auch in diese Kommission wählen lassen und zudem als Präsident fungieren will. Eine neutrale, allparteiliche Kommission sollte die Arbeit aber tun können, frei von bereits bestehenden Standpunkten, so dass die Ergebnisse offen bleiben können. Weitere Gründe sind die Kosten, welche die Kommission mit sich bringt – nach der Steuersenkung muss gespart werden – und den geringen Einfluss, welchen die Arbeit der Kommissionen bei den Debatten im Einwohnerrat hat.



Judith Luthiger stellt fest, dass die Motion mit 22:8 Stimmen überwiesen wurde. Die SP hat an der letzten Sitzung ihre kritische Haltung zur Bildung dieser Kommission geäussert. Vor allem, weil sie wissen, dass der Motionär selber ein Gründungsmitglied des KeK ist. Die Kommission für interkommunale Zusammenarbeit (KiZ) darf nicht zu einer "Mini KeK Kommission" verkommen, sondern muss möglichst werteneutral und ergebnisoffen diskutieren können. Die Zielsetzung, ob Kriens eigenständig bleibt, ob Kriens den Weg der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden favorisiert oder ob eine Fusion das Richtige ist, muss offen bleiben. Eine "Mini KeK Kommission", nur weil die Machtverhältnisse im Rat jetzt so sind, widerstrebt der SP. Es wäre verlorene Zeit und verbratenes Geld der Krienser Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die SP will konstruktiv mitarbeiten und hat den Bericht und Antrag genau studiert. Eine 7-ner Kommission wird akzeptiert und dem Pflichtenheft zugestimmt. Als sehr wichtig erachtet die SP die Aufgaben, welche unter Artikel 4 aufgelistet sind. Sie müssen unverändert bleiben. Das Einzige, was der SP fehlt, ist die Informationspflicht der KiZ. Es ist für sie von grosser Bedeutung, dass die Beratungen aller Geschäfte transparent und offen dem Einwohnerrat kommuniziert werden. Schliesslich ist der Einwohnerrat abschliessend für alle Entscheide zuständig und nicht die KiZ. Die Sprecherin stellt deshalb folgende Frage: Muss ihre Forderung der Informationspflicht mit einem neuen Absatz unter Artikel 4 zusätzlich geregelt werden oder ist die Forderung mit Artikel 5 vollständig abgedeckt? Die SP stimmt dem vorliegenden Bericht und Antrag zu, wenn die Informationspflicht abschliessend geregelt ist.

Gemäss <u>Peter Portmann</u> stellt die SVP den Antrag, den letzten Satz in Artikel 2 des Pflichtenhefts zu streichen. Die Gemeindepräsidentin soll nur mit beratender Stimme an der Sitzung teilnehmen, jedoch kein Antragsrecht ausüben können.

<u>Helene Meyer-Jenni</u> stellt klar, dass das zuständige Gemeinderatsmitglied die Anträge des Gemeinderates in der Kommission darlegt. Darüber befinden muss schlussendlich die Kommission.

<u>Kathrin Graber</u> stellt einen Ordnungsantrag. Es soll zuerst über das Eintreten abgestimmt werden. Anträge sind in der Detailberatung zu behandeln.

Gemäss <u>Kathrin Graber</u> unterstützt die CVP/JCVP-Fraktion grundsätzlich die Einsetzung dieser Kommission. Allerdings müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein, damit diese neue Kommission erfolgreich sein kann. Sie ist der Auffassung, dass die Einsetzung einer solchen Kommission nur sinnvoll ist und den Rat in der politischen Diskussion weiterbringt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Die Kommission soll in offenen Diskussionen sämtliche Möglichkeiten für die Zukunft von Kriens analysieren, also den Ist-Zustand, vermehrte Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden bis zur Fusion. Keine Fragen dürfen tabu sein.
- Eine 7-ner-Kommission mit der vorgesehenen Verteilung der Sitze auf die Parteien, die der Parteistärke der letzten Einwohnerrats-Wahlen entspricht, wird unterstützt.



- Anders als in den übrigen einwohnerrätlichen Kommissionen kommt dem Präsidenten oder der Präsidentin dieser Kommission grössere Gestaltungsfreiheit zu, welche Fragen vertieft beraten werden sollen oder welche gar nicht. Daher hat die Person, die das Präsidium übernimmt, grosse Bedeutung. Es muss eine Person sein, die gegenüber allen Varianten Status quo, vermehrte Zusammenarbeit oder Fusion offen ist. Sie darf nicht bereits heute eine vorgefasste Meinung haben, sondern muss eine integrative Haltung gegenüber den verschiedenen Meinungen in der Kommission vertreten. Jemand, der Präsident des Komitees für ein eigenständiges Kriens und Ehrenmitglied des Vereins gegen GrossLuzern ist, der somit schon im heutigen Zeitpunkt für die Eigenständigkeit von Kriens und auf allen Ebenen gegen eine Fusion kämpft, kommt für die CVP/JCVP-Fraktion wohl als Mitglied, als Vertreter einer möglichen politischen Schattierung, aber nicht als Präsident in Frage. Schliesslich wählt man auch nicht einen Armeegegner, einen GSOA-Aktivisten, als Armeechef oder als Nachfolger von Samuel Schmid. Wenn der Einwohnerrat den Präsidenten von KeK auch als Präsidenten der KiZ wählt, so sendet er falsche Signale aus, welche Aufgaben die Kommission haben wird.
- Die einwohnerrätliche Kommission ist vorberatende Kommission und kann daher nicht Alternative zur Steuerungsgruppe sein, über dessen Beitritt die Stimmberechtigten voraussichtlich im Mai 2009 abstimmen werden. Die Kommission interkommunale Zusammenarbeit wird auf die Arbeit und die Resultate der Steuerungsgruppe angewiesen sein. In der Steuerungsgruppe werden nämlich weitere Grundlagen für die Diskussion in der einwohnerrätlichen Kommission zu den Fragen "vermehrte Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden, Fusion oder Status Quo? " erarbeitet.

Unter diesen Voraussetzungen wird die CVP/JCVP-Fraktion dem vorliegenden Bericht und Antrag und der Einsetzung der Kommission interkommunale Zusammenarbeit zustimmen.

### Abstimmung über das Eintreten des Berichts und Antrags:

Mit 26:7 Stimmen wird dem Eintreten zugestimmt.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	nein
Burkhardt Roland	ja
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	ja
Heiz Martin	ja
Hug René	ja
Kalt Mirjam	nein
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	ja
Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	nein
Luthiger Judith	nein



Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	nein
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	ja
Rey Louis	ja
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	nein
Urfer Mario	nein
Willi Alexander	ja

<u>Guido Solari</u> beantwortet die Frage von Judith Luthiger betreffend Informationspflicht und stellt klar, dass für die KiZ die gleichen Regeln wie für die anderen einwohnerrätlichen Kommissionen – ausgenommen der BRK – gelten. D.h. die Kommissionsprotokolle stehen allen Einwohnerratsmitgliedern auf dem Extranet zur Verfügung.

#### **Detailberatung**

#### Artikel 2

<u>Peter Portmann</u> stellt den Antrag, den letzten Satz in Artikel 2: *Sie hat Antrags-, aber kein Stimmrecht.*, zu streichen.

<u>Kathrin Graber</u> findet diesen Antrag eigenartig. Schliesslich muss die Gemeinderatspräsidentin die Haltung des Gemeinderates vertreten können. Zudem haben die Gemeinderatsmitglieder auch in den übrigen einwohnerrätlichen Kommissionen ein Antragsrecht.

<u>Judith Luthiger</u> schliesst sich dem Votum von Kathrin Graber an. Es ist ganz wichtig, dass der Gemeinderat in der Kommission Anträge stellen und so die Meinung des Gemeinderates vertreten kann.

Für <u>Räto Camenisch</u> muss die Gemeindepräsidentin keine Anträge stellen können. Es genügt, wenn sie mitdiskutieren kann.

Helene Meyer-Jenni stellt klar, dass es nicht um sie als Peron geht, sondern um das Mandat. Alle Anwesenden kennen die Arbeit in der Kommission. Das jeweilige Gemeinderatsmitglied kann nicht zurück in den Gemeinderat, um sich abzusichern. Wenn sich jemand zu weit aus dem Fenster lehnt, wird das betroffene Mitglied vom Gemeinderat zurückgepfiffen. Dieser Verantwortung ist sich jedes Gemeinderatsmitglied bewusst. Die Sprecherin bittet, den Antrag der SVP abzulehnen.

<u>Nicole Nyfeler</u> begreift nicht, was die SVP will. Der Gemeinderat muss ein Antragsrecht haben. Wie soll er sonst seine Stellungnahme einbringen. Für die KiZ sollen die gleichen Bedingungen, wie für die anderen einwohnerrätlichen Kommissionen, gelten.

Roland Burkhardt betont, dass der Gemeinderat kein Stimmrecht in den Kommissionen hat.



<u>Patrick Koch</u> fragt Gemeindeschreiber Guido Solari an, ob der Gemeinderat in ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen ebenfalls über ein Antragsrecht verfügt.

Gemäss Guido Solari hat der Gemeinderat ein Antragsrecht.

<u>Joe Brunner</u> sieht das Problem der SVP nicht. Wenn der Gemeinderat einen Antrag stellt, muss die Kommission darüber abstimmen. Dies ist legitim. Der letzte Satz in Artikel 2 muss nicht gestrichen werden.

Für <u>Alexander Wili</u> ist dies ein Streit um Kaisers Bart. Die beratende Stimme hat Antragsaber kein Stimmrecht.

#### Abstimmung über den Antrag der SVP:

Mit 23:9 Stimmen wird die Streichung des letzten Satzes in Artikel 2 abgelehnt.

Achermann Marco	nein
Baumgartner Werner	nein
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	nein
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	nein
Brunner Joe	nein
Burkhardt Roland	ja
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	nein
Erni Roger	nein
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	nein
Hauser Bernadette	nein
Heini Martin	nein
Heiz Martin	ja
Hug René	nein
Kalt Mirjam	nein
Kaufmann Christine	nein
Koch Patrick	nein
Lammer Thomas	nein
Lanz Susanne	nein
Luthiger Judith	nein
Marbacher Monika	nein
Müller Ursula	nein
Nyfeler Nicole	nein
Piazza Daniel	nein
Portmann Peter	ja
Rey Louis	ja
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	nein
Urfer Mario	nein
Willi Alexander	Enthaltung



#### Artikel 4

<u>Kathrin Graber</u> geht davon aus, dass Art. 4 Abs. 1 etwas unpräzis formuliert ist. Es wird Aufgabe der Kommission sein, die Zusammenarbeit oder den Zusammenschluss von Kriens mit anderen Gemeinden zu diskutieren. Es geht also nicht generell um die Fragen der Zusammenarbeit der Gemeinden oder den Zusammenschluss einzelner Gemeinden, wie es in Absatz 1 steht, sondern nur wenn es im Zusammenhang mit Kriens steht. Ist das richtig?

Bruno Bienz stellt klar, dass dies nur im Kompetenzbereich des Einwohnerrates Kriens steht.

Nachdem kein Rückkommen verlangt wird, liest Bruno Bienz den Beschlussestext:

- 1. Es wird eine nichtständige Kommission interkommunale Zusammenarbeit gemäss vorstehendem Pflichtenheft gebildet. Das Pflichtenheft wird genehmigt.
- 2. Die Motion Wili und Mitunterzeichnende: Einsetzung einer nichtständigen Kommission (Nr. 009/2008) wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

#### Abstimmung über den Beschlussestext:

Mit 27:6 Stimmen wird der Beschlussestext genehmigt.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	nein
Burkhardt Roland	ja
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	nein
Heiz Martin	ja
Hug René	ja
Kalt Mirjam	nein
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	ja
Lammer Thomas	ja
Lanz Susanne	nein
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	nein
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	ja
Rey Louis	ja
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	nein
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	ja



# 15. Wahl der Mitglieder in die Kommission interkommunale Zusammenarbeit (KiZ)

Bevor es zur eigentlichen Wahl kommt, muss für Simon Konrad ein Ersatzstimmenzähler gewählt werden. Die FDP schlägt Josef Bründler vor. Der Einwohnerrat ist damit einverstanden.

Nachdem der Bericht und Antrag: Einsetzung einer nichtständigen Kommission interkommunale Zusammenarbeit vom Einwohnerrat genehmigt wurde, ist die Wahl der sieben Mitglieder in die Kommission sowie des Präsidiums durchzuführen. Beim Präsidium stellen sich Werner Baumgartner und Alexander Wili zur Wahl.

#### 1. Wahlgang

ausgeteilte Wahlzettel: 34
eingegangene Wahlzettel: 0
leere Wahlzettel: 0
ungültige Wahlzettel: 34
absolutes Mehr: 18

#### Präsidium:

Name	Anz. Stimmen	gewählt
Baumgartner Werner	17	nein
Wili Alexander	16	nein
ungültig	1	

#### Mitglieder:

Name	Anz. Stimmen	gewählt
Baumgartner Werner	29	ja
Fluder Hans	34	ja
Kalt Mirjam	28	ja
Luthiger Judith	30	ja
Piazza Daniel	29	ja
Portmann Peter	34	ja
Wili Alexander	30	ja
Vereinzelte	2	-

Nachdem beim Präsidium weder Werner Baumgartner noch Alexander Wili das absolute Mehr erreicht haben, kommt es zu einem 2. Wahlgang.



#### 2. Wahlgang

ausgeteilte Wahlzettel: 34
eingegangene Wahlzettel: 0
ungültige Wahlzettel: 0
gültige Wahlzettel: 34
absolutes Mehr: 18

#### Präsidium:

Name	Anz. Stimmen	gewählt
Baumgartner Werner	17	nein
Wili Alexander	17	nein

#### 3. Wahlgang

ausgeteilte Wahlzettel: 34
eingegangene Wahlzettel: 0
ungültige Wahlzettel: 0
gültige Wahlzettel: 34
absolutes Mehr: 18

#### Präsidium:

Name	Anz. Stimmen	gewählt
Baumgartner Werner	17	nein
Wili Alexander	17	nein

Nachdem auch nach 3 Wahlgängen kein vorgeschlagener Kandidat das absolute Mehr erreicht hat, entscheidet nur das Los.

Als Präsident für die KiZ wird Alexander Wili ausgelost.

Joe Brunner beantragt ein Time-out, damit das weitere Vorgehen besprochen werden kann.

Robert Thalmann versteht nicht, wieso ein Time-out verlangt werden soll. Die Wahl ist vollzogen. Man kann daran nichts mehr ändern.

#### **Abstimmung über Time-out:**

Mit 16:15 Stimmen wird der Antrag von Joe Brunner abgelehnt.

Das namentliche Abstimmungsergebnis kann aufgrund eines technischen Fehlers des Abstimmungssystem nicht mehr nachvollzogen werden.



Gemäss <u>Kathrin Graber</u> akzeptiert die CVP/JCVP-Fraktion das Wahlresultat. Ihr Kandidat wäre sicher wünschenswert gewesen. Den gewählten Präsidenten Alexander Wili kennt die Sprecherin schon über 20 Jahren. Sie hofft, dass er die nötige Zurückhaltung wahrt und offen ist, auch wenn er gleichzeitig Präsident von Kek ist. Sie erwartet eine gute Zusammenarbeit in der Kommission.

Alexander Wili dankt für die Wahl und die Ermahnungen von Kathrin Graber. Sie kennt ihn aus einer Zeit, wo er bereits schon Kommissionen geleitet hat. Der Sprecher kann Partei und Sache auseinander halten und garantiert, dass er die Kommission so präsidieren wird, wie früher. Er lässt sich jedoch nicht befehlen, dass er als KeK-Präsident seine Aufgaben einschränken oder sogar aufgeben muss. Die Kommissionsmitglieder können und werden ihm auf die Finger schauen. Alexander Wili möchte den Termin für die erste Sitzung gleich festsetzen.

Bruno Bienz stellt klar, dass dies in der Pause gemacht werden kann.

### 16. Bericht Postulat Piazza: Betreibungsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern Nr. 263/08

<u>Daniel Piazza</u> bedankt sich beim Gemeinderat für die seriöse Prüfung der Betreibungsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern. Er begrüsst die im Bericht erwähnte periodische Überprüfung des Potenzials und der Umsetzung von Kooperationen, zusammen mit den anderen Agglomerationsgemeinden. Ergänzend hat der Sprecher noch eine Frage: Hat der Gemeinderat abgeklärt, ob der positive Deckungsbeitrag zu Handen der Rechnung höher sein könnte, wenn er mit der Stadt Luzern kooperiert?

Gemäss <u>Paul Winiker</u> wurde die Überprüfung gerne gemacht. Auch eine Überprüfung des Steueramtes hat in ähnlicher Form stattgefunden. Mit der Stadt Luzern wurde die Leistungsproduktivität verglichen. Das Betreibungsamt Kriens steht sehr gut da. An dieser Stelle ein grosses Kompliment an die Mitarbeitenden dieses Ressorts für ihre grossartige speditive und produktive Arbeit, welche nicht immer sehr einfach ist. Da Schweizweit die gleichen Gebühren gelten, sind die Erträge gut vergleichbar. Die Gemeinde Kriens hat einen Ertragsüberschuss von Fr. 235'000.00, die Stadt Luzern rund Fr. 360'000.00. Verglichen auf die Grösse ist Kriens somit besser. Es wurde nicht abgeklärt, ob Luzern der Gemeinde Kriens einen höheren Deckungsbeitrag garantieren würde, sondern die Produktivität und den Ertragsüberschuss. Die Frage von Daniel Piazza war nicht Ausgangslage und wurde nicht abgeklärt.

<u>Bruno Bienz</u> macht darauf aufmerksam, dass es sich beim vorliegenden Bericht um den ersten in dieser Form, seit der Einführung der neuen Geschäftsordnung handelt.

<u>Daniel Piazza</u> dankt für die Beantwortung, welche ihn jedoch nicht ganz überzogen hat. Für ihn gibt es zwei Varianten – entweder alleine oder zusammen. Wurde eine Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern nicht geprüft? Wäre dies nicht vorteilhafter?



<u>Paul Winiker</u> sieht keine Verbesserung der Zusammenarbeit, wenn er die Zahlen vergleicht. Die Stadt müsste mindestens den doppelten Deckungsbeitrag von Kriens ausweisen. Das Ergebnis der Stadt Luzern ist enttäuschend. Somit kommt für den Gemeinderat keine Zusammenlegung in Frage.

Gemäss Judith Luthiger ist für die SP das Krienser Betreibungsamt für die Gemeinde Kriens eine willkommene Milchkuh, die rentiert. Dass man eine so wertvolle Milchkuh nicht bedingungslos hergeben will, ist für die SP klar und steht nicht zur Diskussion. Eine Zusammenarbeit mit Horw scheint ebenfalls nicht angezeigt. Aber wenn die Sprecherin den Bericht genau liest, so versteht sie, dass Kriens mit Luzern gar nicht alle möglichen Verhandlungen geführt hat. Es wurde nicht verhandelt, ob es eine Lösung gäbe, bei der die jährlichen Gewinne, die das Betreibungsamt in Kriens erzielt, in Kriens bleiben könnten. Kriens müsste doch als starker Verhandlungspartner Bedingungen stellen. Wieso hat man nicht allen Handlungsspielraum ausgenützt und ist als starke Gemeinde aufgetreten? Im letzten Satz des Berichtes steht es deutlich: Für die Zukunft werden strukturelle Veränderungen neu zu prüfen sein aus Gründen der Bundesgesetzgebung. Der Gemeinderat muss früher oder später wieder über die Bücher, und die SP erwartet vom Gemeinderat, dass er sich auch entsprechend für Kriens stark macht. In diesem Sinne wird vom Bericht Kenntnis genommen.

Für <u>Räto Camenisch</u> hat der Gemeinderat seine Arbeit gut gemacht. Die Vorabklärungen wurden getroffen und zeigen auf, dass Kriens das bessere Betreibungsamt als die Stadt Luzern hat. Der Gemeinderat hat die Grundlagen geliefert. Nun ist es am Einwohnerrat zu entscheiden, wie es weitergehen soll.

Bruno Bienz stellt klar, dass der Einwohnerrat diesbezüglich nichts entscheidet. Mit dem Bericht ist das Postulat erledigt. Der Einwohnerrat kann dazu nur Stellung nehmen.

<u>Daniel Piazza</u> hat ein mulmiges Gefühl. Der Vergleich wurde nur über die Leistung der Zahlen, jedoch nicht über die Qualität gemacht. Wäre es nicht möglich, dass Luzern von Kriens profitieren könnte?

Gemäss <u>Paul Winiker</u> ist die Forderung des Postulats in dem Sinne erfüllt, indem eine Auslegeordnung stattgefunden hat. Es wurde ein hoher Aufwand betrieben, um mit der Gemeinde Horw eine Zusammenlegung zu finden. Das Steuer- und Betreibungsamt der Stadt Luzern wurden anhand der Leistungsziffern verglichen. Wenn nun vom Gemeinderat verlangt wird, entsprechende Verhandlungen für einen Zusammenschluss zu führen, wird er dies machen. Luzern müsste jedoch einen deutlich besseren Deckungsbeitrag erzielen. Der Gemeinderat sieht diesbezüglich aber keinen Vorteil für die Gemeinde Kriens. Wenn vom Einwohnerrat ein entsprechender Auftrag erteilt wird, erfüllt dieser der Gemeinderat.

<u>Daniel Piazza</u> nimmt dies so zur Kenntnis und überlegt sich noch, ob er diesbezüglich etwas unternehmen soll.

Bruno Bienz teilt mit, dass nun bis 16:30 Uhr eine Pause stattfindet.



## 17. Begründung Motion Morf: Prognos-Bericht: alle Fakten gehören auf den Tisch! (Behandlung als Postulat) Nr. 270/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

## 18. Begründung Volksmotion: Förderung erneuerbaren Energien bei den geplanten Zentrumsbauten (Behandlung als Postulat) Nr. 282/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

### 19. Begründung Postulat Nyfeler: Keine Ausbeutung mit unseren Steuergelder Nr. 287/08

<u>Nicole Nyfeler</u> ist mit dem Ablehnungsantrag des Gemeinderates des Postulates nicht einverstanden. Das Postulat verlangt nicht, dass die SAH-Richtlinien berücksichtigt oder dass diese zu gesetzlichen Bestimmungen werden. Das Postulat wünscht, dass diese Richtlinien bei den Einkaufskriterien einfliessen. Die Sprechende bittet, das Postulat zu überweisen, denn im geplanten Einkaufsreglement könnte das Anliegen berücksichtigt werden.

<u>Paul Winiker</u> findet, dass das Anliegen grundsätzlich gerechtfertigt ist. Die öffentliche Hand hat klare Regelungen für den Einkauf. Die Gemeinde Kriens ist dabei ein Einkaufsreglement zu erstellen. Das Anliegen im Postulat ist ein formaler Aspekt, weshalb der Gemeinderat für die Ablehnung ist.

Gemäss <u>Monika Marbacher</u> findet die CVP/JCVP-Fraktion das Anliegen unterstützenswert. Es ist im Sinne von "Verantwortung übernehmen für Mensch und Umwelt". Ob dabei der SAH-Leitfaden als Hilfsmittel dienen muss, stellt die CVP/JCVP in Frage.

Nach <u>Räto Camenisch</u> steht die SVP-Fraktion dem Anliegen positiv gegenüber. Einheimische Produzenten sollen unterstützt werden. Die Subventionsordnung wird man einhalten müssen. Die SVP ist der Meinung, dass von Fall zu Fall entschieden werden muss und dass die ethische Grundlinie stimmen muss.

#### Abstimmung über das Postulat Nr. 287/08:

Das Postulat wird mit 23:5 Stimmen überwiesen.

Achermann Marco	nein
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	ja



Bründler Anton	ja
Bründler Josef	nein
Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	Enthaltung
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	nein
Erni Roger	nein
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	ja
Heiz Martin	ja
Hug René	nein
Kalt Mirjam	ja
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	Enthaltung
Lanz Susanne	ja
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	ja
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	ja
Rey Louis	Enthaltung
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	ja
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	Enthaltung

# 20. Begründung Postulat Baumann: Ortsbus Kriens: Optimiertes Angebot für Krienserinnen und Krienser Nr. 288/08

Patrick Koch opponiert dem Postulat.

Martin Heini findet es schade, dass die SVP-Fraktion das Postulat nicht überweisen will. Es geht um die Optimierung eines bestehenden Angebots. Es erstaunt, dass es dagegen eine Opposition gibt. Martin Heini kann sich gut daran erinnern, dass sich Räto Camenisch empört darüber äusserte, dass Kriens keinen Bahnhof hat. Deshalb sollte man in der Zwischenzeit, bis es soweit ist, das bestehende Bus-Angebot optimieren. Das Thema ÖV ist in der Gemeinde Kriens ein wunder Punkt. Dieser Meinung sind alle Fraktionen. Die Verkleinerung des ÖV-Angebots könnte eine schwere Attraktivitätseinbusse für die Gemeinde sein. Hier könnte wirklich etwas optimiert und verbessert werden. Konkret geht es um die Verbesserung der Linien 16, 15 und 11. Es sollen keine neuen Busverbindungen entstehen.

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> wurde dieser Vorstoss noch in der alten Legislatur überwiesen und der Gemeinderat hat deshalb bereits Abklärungen getroffen. Das Postulat sollte deshalb überwiesen werden. Der Gemeinderat ist sich des Problems bewusst und man muss sicher über eine solche Optimierung nachdenken.



Nach <u>Patrick Koch</u> wurden im Jahr 2007 die Fahrten der Quartierbus-Linie 15 während einer dreimonatigen Pilotphase durch den Verein Telebus Kriens übernommen. Im Newsletter der Gemeinde Kriens vom Oktober 2007 kann man nachlesen, dass sich die Nachfrage während der Pilotphase in einem beschränkten Rahmen bewegte. An der diesjährigen GV des Telebus Kriens hat dann auch der Gemeinderat mitgeteilt, dass er sich für die sonntäglichen Quartierverbindungen kaum mehr einen Linienbus vorstellen kann. Die SVP-Fraktion will nicht wieder Geisterbusse einführen. Für dieses Geld sollen sinnvollere Leistungen beim Zweckverband Öffentlicher Verkehr abgeholt werden. Die Angebotslücke an den Abenden unter der Woche wird durch den erfolgreichen Verein Telebus abgedeckt. Soll der Telebus etwa durch die Einführung eines Linienbusses in den Abendstunden ausgehebelt werden? Fazit: Die Nachfrage nach einem Ortsbus in Kriens am Wochenende ist nicht gegeben. Die Abendstunden unter der Woche werden durch den Telebus bedient. Es besteht kein Handlungsbedarf. Wegen der Gefahr von massiven Mehrkosten empfiehlt die SVP-Fraktion diesen Vorstoss zur Ablehnung.

<u>Erich Tschümperlin</u> ist auch Benützer des Ortsbusses. Er findet es schade, dass das Angebot am Wochenende sehr knapp ist. Vor allem am Sonntag sind immer viele ältere Leute mit der Linie 15 bis zur Haltestelle Gabeldingen gefahren um anschliessend auf dem Sonnenberg zu spazieren. Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass sich der Einwohnerrat die Abklärungen des Gemeinderates in einem Bericht präsentieren lassen sollte, denn es kostet ja nichts.

Gemäss <u>Martin Heini</u> ist es so, dass sich Patrick Koch auf eine dreimonatige Pilotphase stützt. Die Leute merken aber erst mit der Zeit, dass es dieses Angebot gibt und es dauert eine Weile, bis sich dieses etablieren würde. Auch die Werbung spielt eine wichtige Rolle. Ausserdem kann man nicht alles dem Telebus zuschieben. Martin Heini ist in diesem Verein selbst Chauffeur. Er weiss, wie es ist, die Leute für einen Minimallohn einen ganzen Abend durch die Gegend zu chauffieren. Der Verein Telebus wird auch von der Gemeinde Kriens unterstützt. Wenn man keine freiwilligen Chauffeure mehr findet, kann auch dieses Angebot nicht erhalten werden. Ein Bus, der nur jede Stunde fährt, ist nicht attraktiv. Heute, wo die Zeit immer knapper wird, will man sich nicht mehr nach dem Busfahrplan richten, sondern man geht zur Bushaltestelle, wenn es passt.

Bernadette Hauser macht noch einmal darauf aufmerksam, dass es nicht um die Einführung eines weiteren Busses geht, sondern um die Optimierung und die nötigsten Abklärungen dazu. Es liegt eine Bachelorarbeit der Hochschule Luzern vor, die auf privater Basis erstellt wurde. Ebenso gibt es ein Ortsbuskonzept der VBL mit Vorschlägen. Sie bittet, dass alle ihre Haltung nochmals überdenken und dem Gemeinderat die Möglichkeit geben, diese Abklärungen fortzusetzen und anhand eines Berichtes mögliche Lösungen aufzuzeigen.

### Abstimmung über das Postulat Nr. 288/08:

Das Postulat wird mit 22:9 Stimmen überwiesen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	nein
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	nein
Bründler Josef	ja



Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	Enthaltung
Camenisch Räto	nein
Dalla Bona Johanna	ja
Erni Roger	ja
Fluder Hans	nein
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	ja
Heiz Martin	nein
Hug René	ja
Kalt Mirjam	ja
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	nein
Lanz Susanne	ja
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	ja
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	nein
Rey Louis	nein
Thalmann Robert	nein
Tschümperlin Erich	ja
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	ja

### 21. Begründung Postulat Nyfeler: Offenlegung der Interessenbildung auch für den Gemeinderat Nr. 289/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

22. Begründung Postulat Koch: Rettet die Krienser Kilbi! –
Neue Zentrumsenwicklung nicht auf Kosten der Krienser Kultur,
des Krienser Brauchtums und der Vereine!
Nr. 290/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

### 23. Begründung Postulat Thalmann: Dispens vom Schwimmunterricht für moslemische Schülerinnen und Schüler

Nr. 013/08

Gemäss <u>Bruno Bienz</u> beantragt der Gemeinderat die Abschreibung des Postulates, deshalb gibt es eine Diskussion.



Robert Thalmann ist einverstanden, dass das Postulat abgeschrieben wird, da der Gemeinderat sagt, dass solche Gesuche ohnehin nicht bewilligt werden. Das ist richtig so, denn solche Kinder müssen auch in den Schwimmunterricht integriert werden.

#### 24. Fragestunde

Gemäss <u>Bruno Bienz</u> ist jedes Ratsmitglied berechtigt, einem bestimmten Gemeinderatsmitglied eine mündliche Frage zu stellen. Das angefragte Gemeinderatsmitglied beantwortet die Frage ebenfalls mündlich. Es findet keine Diskussion statt. Es wird nur das Thema der Frage und eine kurze Antwort protokolliert.

Joe Brunner möchte wissen, was mit dem Stumpengleis im Schlund passiert.

Gemäss <u>Paul Winiker</u> hat die IG zur Zeit noch einen Kunden. Das Stammgleis wird an die Zentralbahn verkauft. Das Gleis wird dann nicht mehr betrieben, bleibt aber erhalten und falls es wieder benötigt werden würde, kann es wieder in Betrieb genommen werden. Die Verpflichtungen der Gemeinde werden so auf das Minimum gesetzt.

Nach <u>Judith Luthiger</u> ist die Diskussion um den Tiefbahnhof Luzern am laufen. Bringt die Gemeinde das Thema "S-Bahn nach Kriens" ein?

<u>Matthias Senn</u> ist stolz, dass der Gemeinderat für einmal schneller war, als der Einwohnerrat. Es wurde bereits ein Brief geschrieben.

<u>Mario Urfer</u> möchte wissen, ob in Kriens Pflegewohnungen wie in Luzern in betracht gezogen werden.

Gemäss Lothar Sidler wurde das bis jetzt noch nicht geprüft, wird aber ein Thema sein.

Robert Thalmann ist der Meinung, dass es bei der Kreuzung Ringstrasse/Schweighofstrasse aufgrund fehlender Lichtsignalanlagen oft gefährliche Situationen gibt. Wann wird eine Lichtsignalanlage installiert?

Gemäss <u>Matthias Senn</u> liegt die Verantwortung beim Kanton. Gemäss seinen Informationen ist vorgesehen, dass die Lichtsignalanlage im April realisiert wird.

<u>Toni Bründler</u> möchte wissen, ob weitere Tempo 30 Zonen geplant sind. Wenn ja, wann und wo?



Gemäss <u>Matthias Senn</u> ist im Gebiet Hobacher eine 30er-Zone geplant. Sonst ist nichts aufgegleist. Vom Quartierverein Eichenspes liegt eine Anfrage vor, diese wurde jedoch kritisch beurteilt.

Josef Bründler wundert sich, dass Aldi so nahe vom Pilatusmarkt eine Filiale eröffnen konnte.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> wurde die Gemeindeverwaltung überrascht. Bewilligt wurde eine Verkaufsfläche, dass es Aldi ist hat man erst im Nachhinein erfahren.

Monika Marbacher möchte wissen ob für die überfüllten Veloparkplätze etwas geplant ist.

<u>Matthias Senn</u> ist nichts bekannt. Im Moment wird eine Lösung für den Veloparkplatz beim Bahnhof Mattenhof ausgearbeitet, wo es auch Probleme mit Vandalismus gibt. Das Anliegen wird als Anregung aufgenommen.

Nicole Nyfeler fragt, ob die Gemeinde Kriens auch Peacemaker einsetzt?

Gemäss <u>Helene Meyer-Jenni</u> ist im Schulhaus Feldmühle eine solche Peacemaker-Gruppe im Einsatz.

<u>Martin Heini</u> fragt sich, wie alt die Weihnachtsbeleuchtung von Kriens ist und ob man diese ersetzen will.

Matthias Senn hat keine Ahnung wie alt diese ist und nimmt die Anregung entgegen.

<u>Daniel Piazza</u> möchte wissen, wie viele Tage vor der Budget-Debatte Anträge eingereicht werden sollten, damit diese in allen Kommissionen gewissenhaft diskutieren können.

Gemäss Helene Meyer-Jenni so früh wie möglich.

Gemäss <u>Christine Kaufmann</u> wird der Restaurationsbetrieb im Schwimmbad wieder von der Gemeinde übernommen. Haben die Vereine am Abend während den Öffnungszeiten wieder die Möglichkeit einen Anlass durchzuführen? Im letzten Jahr war das nicht möglich.

Die Gemeinde will gemäss <u>Cyrill Wiget</u> wieder vermehrt Bankettmöglichkeiten anbieten. Er denkt, dass die Situation besser wird.



Roland Burkhardt möchte wissen, ob bei der Kreuzung Schappencenter/Neuhof etwas geplant ist.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> liegt die Zuständigkeit beim Kanton Luzern. Nach seinen Informationen ist etwas geplant.

<u>Ursula Müller</u> ist aufgefallen, dass das Trottoir bei der Ringstrasse kurz vor dem Heggli-Areal fertig ist, obwohl danach eine Bushaltestelle kommt. Das bringt sehr gefährliche Situationen mit Fussgängern. Ist dieses Problem erkannt und wird etwas dagegen unternommen?

Gemäss <u>Matthias Senn</u> könnte im Bereich Radweg etwas unternommen werden. Im Bereich Schweighofstrasse/Mattenhof läuft ein Projekt vom Kanton.

<u>Patrick Koch</u> möchte wissen, ob es steuertechnische Auswirkungen für die Gemeinde Kriens hat, dass die Heineken Biere AG ihren Hauptsitz auf das Areal der Brauerei Eichhof verlegt.

Gemäss <u>Paul Winiker</u> gibt es eine Steuerausscheidung, wenn ein Teil des Betriebs auf Krienser Boden ist. Es sieht aber so aus, dass es ziemlich unwahrscheinlich ist, dass die Gemeinde Kriens in den Genuss solcher Steuereinnahmen kommt.

Nach <u>Werner Baumgartner</u> sind in den Gebieten Schlund und Eichhof sehr anspruchsvolle Projekte geplant. Wie wird es vom Gemeinderat gehandhabt, dass genügend Ressourcen vorhanden sind um die Projekte zu begleiten?

Gemäss <u>Matthias Senn</u> ist der Gemeinderat alles am Aufgleisen. Es könnte sein, dass bei Problemen eine dritte Person zugezogen wird.

<u>Mirjam Kalt</u> hat bemerkt, dass die Buslinie 16 beim Bahnhof Mattenhof oft abfährt, bevor der Zug kommt. Kann der Gemeinderat etwas dagegen unternehmen?

Aufgrund des Fahrplanes der S-Bahn können gemäss <u>Cyrill Wiget</u> zur Zeit die Anschlüsse nicht bei allen Bahnverbindungen gewährleistet werden. Die Buslinie 16 ist an die S-Bahn gekoppelt sowie an die Buslinien 20 und 21 der Gemeinde Horw. Aufgrund dessen, ist die Fahrplangestaltung schwierig. Die Buslinie 16 hat zur S4 in alle Richtungen Anschluss. Bei der S5 ist der Anschluss in Richtung Interlaken sehr knapp, eher unwahrscheinlich. Der Anschluss der S5 auf die Buslinie 16 nach Kriens sollte gewährleistet sein. Bei jeder neuen Fahrplangestaltung wird dies jedoch wieder diskutiert und nach Möglichkeit werden Anpassungen vorgenommen. Ziel ist es, dass alle Anschlüsse optimal bedient werden können.



<u>Daniel Betschart</u> fragt, ob es stimmt, dass Lidl beim Heggli-Areal an der Industriestrasse einen Laden eröffnen will.

Matthias Senn kennt dieses Gerücht auch erst seit ein paar Tagen.

<u>Joe Brunner</u> will wissen, ob der SCK Schulden hat und ob die Miete für dieses Jahr bezahlt ist.

Gemäss <u>Paul Winiker</u> besteht ein Darlehen. Von diesem müssen noch Fr. 10'000.00 abbezahlt werden. Die Miete für das Kleinfeld für dieses Jahr wurde bezahlt. Der SCK hält sich an seine Verpflichtungen.

<u>Nicole Nyfeler</u> möchte wissen, wie der Zwischenstand des Vorstosses Reap / Arbeitsintegration ist.

Gemäss <u>Lothar Sidler</u> ist man daran die ganze Sache zu prüfen. Verschiedene Anbieter wurden eingeladen, die ihre Projekte vorstellen können.

<u>Judith Luthiger</u> fragt, ob das Parkleitsystem bei den Pilatusbahnen bereits in Betrieb genommen worden ist.

Gemäss <u>Matthias Senn</u> wurde das System installiert, er weiss aber nicht, ob es in Betrieb genommen wurde.

Nach <u>Martin Heini</u> ist das Restaurant Himmelrich seit kurzer Zeit geschlossen. Weiss der Gemeinderat weshalb?

<u>Matthias Senn</u> weiss, dass es vor zwei Wochen noch offen war, was in der Zwischenzeit passiert ist, weiss er nicht.

<u>Viktor Bienz</u> möchte wissen, ob die Bikerroute im Hochwald, welche zur Zeit der Hochwaldgenossenschaft gehört, vom Gemeinderat übernommen werden könnte.

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> soll die Genossenschaft dem Gemeinderat ein Angebot unterbreiten, damit das geprüft werden kann.

Nach <u>Joe Brunner</u> ist es sehr gefährlich mit dem Velo von Kriens über die Rengglochstrasse nach Littau zu gelangen. Ist die Gemeinde Kriens deshalb mit dem Kanton in Kontakt?



Gemäss <u>Matthias Senn</u> ist das Strassenprogramm vom Kanton am laufen. Bei der Rengglochstrasse könnte es allenfalls Verzögerungen geben.

<u>Paul Winiker</u> informiert, dass es im Kantonsrat einen Vorstoss gegeben hat, in dem verlangt wurde, dass dieses Projekt vorgezogen wird. Dieser hat jedoch keinen Zuspruch erhalten.

Gemäss <u>Johanna Dalla Bona</u> stellt das Hotel Harmonie Zimmer für Sozialhilfeempfänger von Emmen zur Verfügung. In welchem Rahmen passiert das?

<u>Lothar Sidler</u> kann diese Frage nicht beantworten. Für eine Antwort müsste beim Wirt nachgefragt werden.

## 25. Begründung Motion Piazza/Graber: Für eine zukunftsweisende Finanzpolitik Nr. 014/08

Gemäss <u>Kathrin Graber</u> zieht die CVP/JCVP-Fraktion den als dringliche Motion eingereichten Vorstoss zurück. Ziel des Vorstosses aus Sicht der Motionäre war es, eine inhaltliche Alternative der Diskussion zur Motion Thalmann "Schrittweise Annäherung des Steuerfusses an das Niveau der Agglomeration" zu präsentieren. Mit der Motion Thalmann wurde aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion leider in einem Hauruckverfahren eine Steuersenkung per 1. Januar 2009 beschlossen. Der Vorstoss wäre als Variante dazu geeignet gewesen, mittels seriösen Abklärungen die notwendigen Massnahmen für eine Steuersenkung per 1. Januar 2010 oder 1. Januar 2011 aufzuzeigen. Die CVP/JCVP hofft, dass die Stimmberechtigten den Entscheid des Einwohnerrates, eine Steuersenkung im falschen Moment, im Dezember an der Urne deutlich ablehnen. Da der Dringlichkeit des Vorstosses nicht stattgegeben wurde und sich die Mehrheit des Einwohnerrates für die Überweisung der Motion Thalmann ausgesprochen hatte, ist eine nachträgliche Behandlung des Vorstosses nicht mehr sinnvoll. Gestützt darauf ziehen die Motionäre ihren Vorstoss zurück.

## 26. Begründung Motion Heiz: Höher bauen in Kriens Nr. 015/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

## 27. Begründung Motion Heiz: Einfamilienhaus-Zone in Kriens Nr. 016/08

Martin Heini opponiert der Motion.



Gemäss <u>Martin Heiz</u> steht eine Teilrevision des Bau- und Zonenreglements an. Es ist an der Zeit, dass man sich überlegt, wo allenfalls eine Einfamilienhaus-Zone ausgeschieden werden könnte.

Nach <u>Matthias Senn</u> wird der Gemeinderat am 7. Januar 2009 das weitere Vorgehen der Ortsplanungsrevision besprechen. Dann werden diese Fragen geprüft.

Martin Heini, namens der SP-Fraktion, opponiert der Motion. Die SP will keine Verschwendung von Boden und Verminderung des öffentlichen Naherholungsraumes. Damit es wirklich attraktiv wäre, müsste diese Zone in Kriens an exponierter Aussichtslage im Grünen sein. Das hat Kriens nicht mehr und will es auch nicht wieder haben. Die Krienser wollen sich ihre Spazierwege, Joggingstrecken, Bikerrouten, Aussichtspunkte nicht noch mehr einengen lassen. Es ist nicht einleuchtend, weshalb die gleiche Fraktion die Meiersmattwiese (eingezont) schützen und andererseits nicht eingezontes Land als Villenviertel den künftigen Generationen wegnehmen will. Das Ganze ist eine Pseudo-Konkurrenz zu Meggen und Horw.

Gemäss <u>Kathrin Graber</u> opponiert die CVP/JCVP der Überweisung nicht. Sie haben jedoch zwei Bemerkungen. Wichtig erscheint ihnen, dass der Gemeinderat mit der Überweisung dieser Motionen den Auftrag erhält, die Schaffung einer Einfamilienhaus-Zone zu prüfen und im B+A darauf einzugehen. Die Überweisung ist kein verbindlicher Auftrag, dass der B+A an den Einwohnerrat für die 1. Lesung des BZR und des Zonenplans das höhere Bauen oder die Einfamilienhaus-Zone zulassen muss. Der Rat ist also in seinem Entscheid noch frei, wenn Fakten auf dem Tisch liegen. Die Fraktion wird noch genau prüfen, wo die Einfamilienhaus-Zone hinkommt. Zweitens ist die CVP/JCVP-Fraktion überrascht, dass der Präsident der Baukommission, Martin Heiz, zu diesen zwei Vorsössen greifen musste, und nicht die Mittel, die er als Präsident und Kommissionsmitglied gehabt hätte oder haben wird im Rahmen der Ortsplanungsrevision genutzt hat.

Nach <u>Räto Camenisch</u> ist das jetzt die vorhin vermisste Linie der SVP. Sie wollen die Steuern senken und mehr finanzkräftige Leute nach Kriens locken. Die Meiersmattwiese will die Fraktion zur Seite legen, damit man sie hat, wenn man sie braucht. Deshalb hat die SVP dagegen gekämpft.

#### **Abstimmung:**

Die Motion wird mit 23: 8 Stimmen überwiesen.

Achermann Marco	ja
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	ja
Bienz Viktor	Enthaltung
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	ja
Brunner Joe	nein
Burkhardt Roland	ja
Camenisch Räto	ja
Dalla Bona Johanna	ja



Erni Roger	ja
Fluder Hans	ja
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	nein
Heiz Martin	ja
Hug René	ja
Kalt Mirjam	nein
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	ja
Lanz Susanne	nein
Luthiger Judith	nein
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	nein
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	ja
Rey Louis	ja
Thalmann Robert	ja
Tschümperlin Erich	nein
Urfer Mario	nein
Willi Alexander	ja

## 28. Begründung Motion Hauser: Frühkindliche Sprachförderung in Spielgruppen ab dem 3. Altersjahr Nr. 017/08

Bernadette Hauser als Motionärin und mit ihr die CVP/JCVP-Fraktion hat erstaunt und enttäuscht vom Antrag des Gemeinderates Kenntnis genommen, die vorliegende Motion abzulehnen. Es ist ein seriöser Vorstoss mit einem Anliegen, das im Sinne der Integration grosse Bedeutung hat. Wenn Kinder, insbesondere Kinder von Migrantenfamilien, eine schwer erreichbare Zielgruppe, bereits früh mit der deutschen Sprache vertraut werden, und bereits im Kleinkindalter die Möglichkeit haben Sprachkompetenzen zu erwerben, haben diese Kinder erwiesenermassen einen grösseren Integrations- und Bildungserfolg. Dieses Problem und die Auswirkungen davon sind auf höchster Bundesebene erkannt, es ist auch auf Kantonsebene ein Thema und bereits auch in vielen Gemeinden. Gemäss neuem Ausländergesetz, Art. 53 sind Bund, Kantone und Gemeinden verpflichtet bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, die Anliegen der Integration zu erfüllen. Die Sprachkompetenz ist ein wichtiges Anliegen der Integration. Deshalb muss dies auch in der Gemeinde Kriens ein Thema sein und bleiben. Der Gemeinderat lehnt den Vorstoss aus formalen Gründen ab, da das Anliegen nicht klar sei. Je nach Standpunkt kann die Formulierung im Vorstoss missverständlich sein. Der Gemeinderat unterstützt an sich das grundsätzliche Anliegen, dass die frühkindliche Sprachförderung wichtig ist, für den Integrations- und Bildungserfolg. Das freut die Motionärin. Sie wird diesen Vorstoss jetzt zurückziehen, wird aber mit einem neuen, konkreteren Vorstoss dieses Anliegen wieder aufnehmen.



# 29. Begründung Postulat Marbacher: Betreuungsgutscheine für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung Nr. 018/08

Daniel Betschart opponiert dem Postulat.

Gemäss Monika Marbacher geht es bei diesem Postulat um einen Systemwechsel, das heisst:

- Heute werden nur ausgewählte Kindertagesstätten durch die Gemeinde subventioniert, davon profitieren kann nur ein Teil der Erziehungsberechtigten.
- Im Gegensatz können Betreuungsgutscheine bei jeder Kindertagesstätte mit Bewilligung eingelöst werden.
- Die Eltern sind dadurch freier in der Wahl der Kindertagesstätte, die Anbieter wären damit unter gleichen Bedingungen einem Wettbewerb ausgesetzt.
- Alle Eltern würden mit dem neuen System, abgestuft nach dem steuerbaren Einkommen, gleichberechtigt profitieren.
- Die Eltern müssten die Betreuungsgutscheine selber beantragen, was eine Vereinfachung der Bürokratie bewirken würde, die Selbstverantwortung der Eltern stärkt und die Eltern würden die öffentliche Unterstützung direkt spüren.
- Die Einführung der Gutscheine schafft einen höheren Bedarf, was den bedarfsgerechten Ausbau an Betreuungsplätzen vorantreiben könnte
- Der Bund unterstützt die Einführung von Betreuungsgutscheinen und deren Erprobung in der Praxis

Monika Marbacher bittet, das Postulat zu überweisen.

<u>Cyrill Wiget</u> ist es ein Anliegen, dass man jetzt nicht eine Diskussion über die Kinderbetreuung führt. Es geht um den Beitrag, welcher an die Kindertagesstätten gezahlt wird, damit auch Leute in finanziell schlechteren Situationen die Möglichkeit haben, sich einen solchen Platz leisten zu können. Die Stadt Luzern schient der Meinung zu sein, mit diesem Modell in der Probephase Erfolg zu haben. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man bis im Jahr 2012 warten soll, denn dann ist die Testphase in der Stadt Luzern beendet. Wenn dann das Fazit gut ist, könnte man dieses System auch auf die Gemeinde Kriens übertragen.

Gemäss <u>Daniel Betschart</u> sind in Luzern 6 von 22 Kindertagesstätten von der Stadt subventioniert (NLZ vom 4. September 2008). Der Vorstoss und das überwiesene Postulat in Luzern scheint seitens Stadt als Prestige-Projekt angegangen zu werden, mit finanzieller Unterstützung von 2.5 Mio. Franken seitens Bund. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion der Auffassung, dass es im Moment noch an Informationsrücklauf fehlt, dass dieses schweizweit erste Projekt "Betreuungsgutscheine" erst am 24. Oktober 2008 überwiesen wurde und ab 1. April 2009 umgesetzt werden wird. Das vorliegende Postulat zielt nach Meinung der SVP in Richtung Verstaatlichung und Kostenumwälzung von momentan privaten, kostenpflichtigen Dienstleistungen der Kindertagesstätten auf alle Steuerzahler der Gemeinde Kriens. Der Sprechende zitiert einen Auszug aus dem Bericht an den grossen Stadtrat vom 20. August 2008: "Wir gehen davon aus, dass Eltern einen Beitrag von mindestens Fr. 15.00 pro Tag selber leisten müssen. Der maximale Beitrag an die Eltern beträgt bei Kindern von 3 bis 18 Monaten Fr. 107.00, bei Kindern über 18 Monate bis Eintritt Kindergarten Fr. 77.00. Der Beitrag wird gekürzt, wenn der minimale Elternbeitrag in einer Kita, welche tiefe Vollkosten bzw. tiefe Tarife hat, auf unter Fr. 15.00 sinken würde." Die Subventionsunterstützung der Gemeinden von



bis zu 100 % verglichen mit den Vollkosten der Krienser Tagesstätten Stärnschnuppe (Tagespreis Fr. 100.00) und Chrüsimüsi (Tagespreis Fr. 105.00) sind selbsterklärend. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion dieses Postulat ab und wird dieses nicht überweisen.

Nach Marco Achermann hat sich die FDP-Fraktion eingehend mit dem vorliegenden Postulat auseinandergesetzt. Für sie stellt sich die Frage, ob solche Betreuungsgutscheine nicht eine Diskriminierung gegenüber jenen Familien darstellt, die sich für eine eigene Erziehung unter finanziellen Einbussen und entsprechenden Einschränkungen entscheiden? Ihre Haltung gegenüber dem Ausbau in diesem Bereich hat die FDP-Fraktion schon in diversen Debatten klar definiert. Dabei sind vor allem gesellschaftliche und nicht finanzielle Aspekte massgebend. Die Fraktion ist der festen Überzeugung, dass es in der Verantwortung der berufstätigen Eltern liegt, die Betreuung ihrer Kinder zu finanzieren. Für all diejenigen notleidenden Familien, denen dies nicht möglich ist, sind in Kriens zur Unterstützung genügend Finanzgefässe und Strukturen vorhanden. Die FDP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Gemäss Judith Luthiger trifft dieses Postulat ein altes sozialdemokratisches Anliegen. Frauen sollen ihren Beruf ausüben dürfen. Dazu braucht es Tagesstrukturen, damit die Kinder gut und professionell betreut werden können. Nicht alle Eltern, die arbeiten müssen oder wollen, können die Kinderbetreuung reibungslos organisieren. Nicht immer wohnen die Grosseltern in nächster Nähe und können die Betreuung übernehmen. Luzern hat bereits viele neue Horte errichtet. Auch in Kriens gibt es inzwischen schon diverse Angebote für Kinder im Vorschulalter. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat voll und ganz und glaubt, es hilft neue Lösungen für die Kinderbetreuung zu finden. Wichtig ist ihnen auch, dass es kein Giesskannenprinzip ist. Familien, alleinerziehende Mütter und Väter bis zu einer bestimmten Einkommensstufe sollen profitieren können. Ein weiteres überzeugendes Argument ist, dass der Bund dieses Projekt unterstützt und Gelder gesprochen hat. Die SP folgt dem Gemeinderat und bittet um Überweisung des Postulats.

Nach <u>Cyrill Wiget</u> sind die Argumente der SVP genau das, worum es nicht geht. Es ist bereits eine beschlossene Sache, dass das Geld zur Verfügung steht. Jetzt geht es hier nur noch darum, dieses Geld möglichst gut an die Krippen zu bringen. Die Gemeinde Horw hat das untersucht und herausgefunden, dass es sich lohnt. Es geht vor allem darum, dass Eltern im Arbeitsleben bleiben können. Es kriegen nur diejenigen Eltern etwas, welche zusammen mehr als 120 % arbeiten. Die Alleinerziehenden betrifft das nicht.

Monika Marbacher erinnert daran, dass es um einen Systemwechsel geht.

<u>Johanna Dalla Bona</u> findet, dass es nicht heisst, dass man gegen Kindertagesstätten ist, wenn man dieses Postulat ablehnt. Wenn beide Eltern arbeiten, haben diese genügend Geld um die Kindertagesstätte bezahlen zu können. Die Sprechende kann das Postulat nicht unterstützen.

<u>Erich Tschümperlin</u> macht noch einmal darauf aufmerksam, dass es nur um den Systemwechsel geht und nicht um zusätzliche Gelder. Wenn er es richtig verstanden hat, ist es für Cyrill Wiget eine Art der Auszahlung hinter der er stehen kann. Erich Tschümperlin geht davon



aus, dass diejenigen Leute das Geld erhalten, die es brauchen. Wenn beide Eltern arbeiten heisst das noch lange nicht, dass sie genügen verdienen, damit sie sich die Kindertagesstätte ohne Probleme leisten können.

<u>Daniel Piazza</u> zählt negative Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung auf. In diesem Fall hätte der Einwohnerrat eine Chance sich antizyklisch zu verhalten ohne der Gemeinde zu schaden.

Gemäss <u>Cyrill Wiget</u> sind Fördergelder und Gutscheine mehr oder weniger dasselbe. Jetzt wäre man in der Lage einen guten Schritt mach zu können.

Johanna Dalla Bona versteht es in diesem Fall falsch.

<u>Cyrill Wiget</u> meint, dass das gut sein kann. Aber sie soll ihn doch den Bericht machen lassen und dann entscheiden.

#### Abstimmung:

Das Postulat wird mit 17:13 Stimmen überwiesen.

Achermann Marco	nein
Baumgartner Werner	ja
Betschart Daniel	nein
Bienz Viktor	ja
Bründler Anton	ja
Bründler Josef	nein
Brunner Joe	ja
Burkhardt Roland	nein
Camenisch Räto	nein
Dalla Bona Johanna	Enthaltung
Erni Roger	Enthaltung
Fluder Hans	nein
Graber Kathrin	ja
Hauser Bernadette	ja
Heini Martin	ja
Heiz Martin	nein
Hug René	nein
Kalt Mirjam	ja
Kaufmann Christine	ja
Koch Patrick	nein
Lanz Susanne	ja
Luthiger Judith	ja
Marbacher Monika	ja
Müller Ursula	ja
Nyfeler Nicole	ja
Piazza Daniel	ja
Portmann Peter	nein
Rey Louis	nein
Thalmann Robert	nein
Tschümperlin Erich	ja
Urfer Mario	ja
Willi Alexander	nein



# 30. Begründung Postulat Dalla Bona: Umbau des Alters- und Pflegeheim Grossfeld in Alterswohnungen Nr. 019/08

Es ist keine Opposition vorhanden, somit ist das Postulat überwiesen.

#### **Schluss**

<u>Joe Brunner</u> wünscht, dass die Temperatur im Pilatussaal bei der nächsten Sitzungen etwas höher ist, denn heute hat man zum Teil gefroren.

Gemäss <u>Bruno Arnet</u> zieht es, weil aufgrund der Leinwand die Bühnenwand nicht geschlossen werden kann. Er wird eine Lösung suchen.

Bruno Bienz bittet, dass in den Fraktionen das Thema Mikrofonanlage besprochen wird.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 18. Dezember 2008 statt. Bruno Bienz macht darauf aufmerksam, dass die Sitzung um 08:30 Uhr beginnt. Am Abend findet das traditionelle Weihnachtsessen auf Schloss Schauensee statt. Anmeldeschluss ist der 12. Dezember 2008. Im Anschluss an die Sitzung treffen sich die Durstigen im Restaurant Krienserhalle.

Die Sitzung wird um 17:45 Uhr geschlossen.



### Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Bruno Bienz

Einwohnerratspräsident

Guido Solari Gemeindeschreiber

Toni Bründler Stimmenzähler

Simon Konrad Stimmenzähler

Protokollführerin

Protokollführerin